

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abohnmenspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.—M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.—M., für einen Monat 6.—M. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postleitzettel Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13693. — Verlag in Leipzig,  
Tauchaer Straße 10/21 — Telefon 4596

Insetratenpreise: Die 7 geblattete Kolonialzeile oder deren Raum 1.90 M., bei Platzaufschrift 2.30 M.; Familiennotizen, die 7 geblattete Zeile 1.70 M.; Reklame-Kolonialzeile 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721. Schluss der Inseraten-Annahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten ergegen.

## Die internationale Demonstration des 13. März.

Berlin.

Berlin, 14. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Kundgebung der U. S. P. war überall stark besucht. Nach den Versammlungen fand eine große Kundgebung im Lustgarten statt, von der aus die Teilnehmer sich in geschlossenen Zügen entzogen, ohne daß es zu Zusammenstößen mit der Sicherheitspolizei kam, die den Bannkreis abspererte.

München.

München, 14. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Bei der gestrigen Kundgebung der U. S. P., die von Tausenden besucht war, sprach Genosse Rosenthal-Berlin. Der Redner behandelte eingehend das Problem der Wiedergutmachung. Nur wenn alle Völker am Wiederaufbau mitarbeiten, können die Kriegsschäden wieder gutgemacht werden. Entschieden protestierte er gegen die Gewaltmaßnahmen der Entente, kritisierte aber auch auf schärfste das Verhalten der deutschen Regierung und ihrer Vertreter in London, das den Entente den Vorwand zur Durchführung der Sanktionen ließerte. Ausschließlich sprach Genosse Rosenthal über die Entwaffungsfrage, nannte die Einwohnerwehr die bewaffnete Organisation der Konterrevolution und forderte unter stürmischen Beifall die sofortige Entwaffnung.

Auch der Versammlung zogen einige hundert Genossen mit roten Fahnen geschlossen in ihre Bezirke zurück, wurden aber von der Polizei und später noch einmal von der grünen Polizei, die mit Schüssen geladenen Gewehren ausrüstete, gezwungen, die roten Fahnen einzurollen und sich zu zerstreuen. Im Zuge befanden sich auch einige Hallenfreunde, die einen Zusammenschluß mit der bewaffneten grünen Polizei proroktieren wollten, sie hatten aber keinen Erfolg. Sie verfolgten dann den Genossen Rosenthal und versuchten seine Festnahme zu veranlassen, ebenfalls ohne Erfolg. Sie blieben darauf immer hinter dem Genossen Rosenthal und legten es darauf an, durch freche Bemerkungen, wie: „Es macht nichts, wenn wir noch ein paar Tage leben, sie werden doch bald alle aufgehängt“, eine Schlägerei zu provozieren. Als Genosse Rosenthal in ein Restaurant ging, schlug einer der deutsch-nationalen Helden mit einem Stock nach ihm. Er bekam aber an seinen Rücken die verdiente Antwort, so daß er kehrt nahm. Zu weiteren Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

## Ein Anschlag auf die Siegesäule.

Ausländerseite.

Berlin, 14. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die wenigen Berliner Morgenblätter veröffentlichten in aufsehenerregender Ausmachung einen angeblichen Dynamitananschlag auf die Siegesäule. Es heißt darin: „Ein ungeheuerliches Verbrechen ist am gestrigen Sonntag mittag im letzten Augenblick verübt worden. Noch nicht ermittelte Täter haben im Innern der Siegesäule, etwa in halber Höhe einer Papplation, der 6 Kilogramm Dynamit enthielt, niedergelegt, daran eine Spranglapse mit langer Zündschnur befestigt, die Zündschnur angezündet und sich dann unbemerkt entfernt. Lediglich einem Zufall ist es zu danken, daß die Tat entdeckt wurde, bevor der glimmende Funken den Sprengstoff erreichte. Die Tat wurde durch das rasche Eingreifen zweier Beamter der Schutzpolizei verhindert, die die Zündschnur durchschneiden. Die aufgefundenen Explosivstoffe hätte vermutlich genügt, um die Siegesäule in die Luft zu sprengen.“ Die Zeitungen behaupten, daß nach den bisherigen Erstürmungen allem Anschein nach Ausländer, und zwar 4 Männer und 4 Frauen, für die Tat in Frage kommen. Diese geheimnisvolle Angelegenheit bedarf dringend einer sofortigen Aufklärung. Es liegt sehr nahe, daß gewisse sich in nationalistischer Verherrigung betätigende Kreise ein Interesse an einem gegen Ausländer entstehenden Verdacht auf ein solches Attentat haben.

## Polnischer Appetit auf „Sanktionen“.

Berlin, 14. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Berichterstatter des Lokal-Anzeigers meldet aus Brüssel: Wie hier aus zuverlässiger Quelle verlautet, wünscht Polen an den Sanktionen beteiligt zu sein und bewirkt sich aus diesem Grunde um ein Mandat zum Einmarsch in deutsches Gebiet. Wie es heißt, wollen die polnisch-französischen Militärkonventionen in bestimmten Fällen eine solche gemeinsame Operation gegen Deutschland vorsehen.

## Die Bergarbeiter lehnen den Schiedsspruch ab.

Bochum, 13. März. Die Betriebsräte und Bezirksspitzen der alten Bergarbeiter-Verbände nahmen heute in einer von 500 Funktionären besuchten Konferenz zu dem für den Ruhrverband gefällten Schiedsspruch Stellung. Alle sprachen sich gegen die Annahme des Schiedsspruches aus, weil dieser das Verfahren einer achtjährigen Arbeitszeit und vorliebe. Bei der Abstimmung wurde der Schiedsspruch einstimmig abgelehnt.

In Gelsenkirchen stiess eine Konferenz der Zahlstellenvorständen des Gewerksverbandes christlicher Bergarbeiter aus dem gelungenen Ruhrvertrag für den Schiedsspruch des Bochumer Vertragsabkommen. (Frankfurter Zeitung).

## Die Gemeinderatswahlen in Reuth.

Gera, 14. März. Die gestern stattgefundenen Gemeinderatswahlen hatte hier folgendes Ergebnis:

	1921	1919
Rechtssozialisten	2381	1952
USPD . . .	18060	16033
KPD . . .	3194	1526
Bürgerbund	20802	19786

Es bleibt also die sozialistische Mehrheit im Geraer Stadthaus erhalten. Die sozialdemokratischen Parteien bekommen zusammen 28 Vertreter, die bürgerlichen 26; die sozialistischen Parteien verlieren 2 Sitze an die bürgerlichen.

In Greiz ist das Ergebnis folgendermaßen: Die unabhängige Sozialdemokratie erhält 416, die Kommunistische Partei 1183, die Rechtssozialistische Partei 1805 und die bürgerlichen Gruppen 8692 Stimmen. Die bisherige bürgerliche Mehrheit bleibt Jonah erhalten.

In Zeulenroda hat die USPD. erhalten 2063, die kommunistische Partei 811 und die bürgerlichen Parteien 3789 Stimmen. Dies das vorläufige Ergebnis von dem Ausgang der Gemeinderatswahlen im Neuenlande.

## Die Kronstädter Revolution.

### Wolltere Forschrifte der Ausländer?

Reval, 12. März. (Reuter) An der estnischen Grenze, in der Nähe von Narva, sind am Mittwoch und Donnerstag große Scharren kommunistischer Flüchtlinge eingetroffen, die in Konzentrationslagern untergebracht worden sind. Ein Regiment, das von Kursk nach Petersburg gesandt worden war und in Kronstadt eingetroffen ist, ist zu den Revolutionären übergegangen.

Stockholm, 18. März. Nach einem Telegramm der Nya Dagligt Allehanda aus Reval ist das 12 000 Mann starke Kavalleriekorps Budijenni, das von den Bolschewisten den Befehl erhalten hat, aus Südrussland nach Moskau zu marschieren, um eventuell gegen Kronstadt verwendet zu werden, bei Ort zu den Revolutionären übergegangen. Ort befindet sich nach sicherer Quelle in den Händen der Revolutionäre.

### Die Ausländer für das Rätselsystem.

Kopenhagen, 10. März. Ein Telegramm aus Helsingfors berichtet: Der Korrespondent der Zeitung Helsingin Sanomat in Tokio meldet am 9. März, abends, daß die Batterien von Kronstadt in Laufe des Tages die Küsten bei Petersburg und Tarnow mit schwerem Geschütz beschossen haben. Der Korrespondent meldet weiter, daß die Erhebung bis auf weiteres nicht den Zweck habe, das Rätsystem zu stören, aber gegen die Sowjetregierung gerichtet ist, und namentlich gegen die an der Regierung befindliche kommunistische Partei, welche beansprucht, die Arbeiter zu unterdrücken. Die erste Forderung der Gegnerrevolutionäre ist, daß alle das Recht haben sollen, an den neuen Wahlen zu den Sowjeträten teilzunehmen. Die Revolutionäre sind auch überzeugt, daß die Rätseregierung allein Ausland nicht vom Rücken retten könne. Es wird die Mitwirkung aller Arbeiter und der arbeitenden Intelligenz in der Regierung gefordert. Die Forderung der Einberufung einer konstituierenden Versammlung sei bisher nicht erhoben.

### Ein amlicher russischer Bericht.

Riga, 13. März. Eine bei der höchsten Sowjet-Regierung eingetroffene Meldung aus Moskau berichtet, daß die Sowjet-Truppen drei Forts von Kronstadt eingenommen haben. In Kronstadt sollen starke Verbände ausgebrochen sein. Die Stimmen der Ausländer sei stark gelungen; besonders die angebliche Nachricht von der Absicht russischer Emigranten, den Großhafen Dymitri Pawlowitsch als Regierungssitz vorzuschlagen, habe die Arbeiter und Matrosen ernsthaft auch erregt der geplante Anschluß an Finnland Unzufriedenheit. In Petersburg soll die Überzeugung herrschen, daß der Aufstand bald erledigt sein werde.

### Hilfsaktion der Reaktionäre.

DA, Paris, 12. März. Mit der wohlwollenden Unterstützung der französischen Regierung wird nun die antibolschewistische Bewegung vom Ausschuß der Dumaabgeordneten in Paris systematisch organisiert. In russischen Bankfilialen in Paris sind alleine eine Million Franken von der Gruppe Burzsch gesammelt und telegraphisch nach Finnland anwiesen worden, damit Kronstadt sofort im Überschluß mit Getreide und Lebensmitteln versorgt werden kann, um immer mehr Leute aus den bolschewistischen Reichen anzulocken. Ebenso sind die Regierungen Amerikas und Frankreichs als Lebensmittellieferungen angegangen worden. Die französischen Vertreter in den Nachbarstaaten Russlands sind laut „Excelsior“ angewiesen worden, den Bedürftigen der vom Bolschewismus besetzten Gebiete umfassende Hilfe zu leisten. Ganze Einheiten werden auf diese Weise zu überläufen.

Paris, 13. März. Das Zentralomitee der russischen Kadettenpartei, das in Paris seinen Sitz hat, erläutert einen Aufruf zur Aufmunterung der Gegenrevolutionären. Darin wird gezeigt, daß die Stunde der Befreiung sei nahe. Der Mut fehle bei allen denen wieder, die mit kameradschaftlichen Gedanken an dies jetzt die Schwäche der Gegenrevolution beobachtet hätten.

Paris, 13. März. (TLL) Das erste Schiff mit Lebensmitteln, das vom amerikanischen Roten Kreuz gefertigt worden ist, ist gestern morgen vor Kronstadt eingetroffen und erregte große Begeisterung unter der Bevölkerung. Das amerikanische Rote Kreuz will die Lebensmittellieferungen fortführen, verlangt aber Sicherheitsmaßnahmen dafür, daß sie nicht in die Hände der Bolschewisten fallen. Um dies zu verhindern, will man die Vorräte an verschiedenen Punkten deponieren. — Zugunsten der Russland-Siedlungen in Russland wurden in zahlreichen amerikanischen Städten Sammlungen voranstellt.

## Nationalistische Hochflut.

Berlin, 12. März.

Mit einer überaus starken Mehrheit hat heute der Reichstag der Regierung erklärt, daß er mit ihrer Politik in London einverstanden ist. Auf eine Erklärung, die es billigt, daß die Regierung „die Ablehnung der Pariser Bedingungen der Unterwerfung unter die unerfüllbaren Forderungen vorgezogen“ hat, sammelten sich nicht nur die Stimmen der Regierungsparteien. Der mit heiteren Absichten gewählte harmlose Text ermöglichte es sogar den Deutschen Nationalen und den Rechtssozialisten, sich der großen „nationalen Front“ anzuschließen. Herr Simons konnte den fit ihn harten Tag mit einem äußerlich ganz pompos aussehenden Erfolg beschließen.

Wer von den vorangegangenen Kämpfen im Auswärtigen Amtshof Kenntnis hatte, für den boten die heutigen beiden Reden Simons manches Interessante. Der Simons, der sich im Auswärtigen Amtshof dagegen verwahrt hatte, der „junge Mann des Herrn Stinnes“ zu sein, hat heute zweimal mit starker Beironung gegenüber der Rechten gesagt, daß er jederzeit bereit sei, den ganzen Krampe des dänischen auswärtigen Politik neidlos dem zu überlassen, der das Geschäft besser verstände. Er hat mit einer auffallenden Kampfesentschlossenheit gegenüber der deutsch-nationalen Hebe wegen des deutschen Gegenvorwurfs erklärt, daß kein Sachverständiger, sondern er (Simons) ganz allein verantwortlich für diese Vorschläge sei. Er hat noch öfters Redewendungen gebraucht, die den Katastrophenspielen rechts zum Murren Veranlassung gaben. So z. B. als er sich gegen das dumme Gerede wandte, daß der Friedenovertrag auch für Deutschland nicht mehr existiere, weil die Alliierten ihn verletzt hätten. Als Simons sich im Kleide des rührendsten bürgerlichen Pazifisten zeigte, indem er sagte, er wolle gegenüber der Entente nicht böses mit bösem vergelten, da lächle man rechts und lächle man links. Rechts, weil die Gefesten mit den Heldewebelöpfen und den preußischen Kommissären so etwas überhaupt nur aus Gebetbüchern zu hören gewohnt waren. Links, weil man weiß, daß selbst Simons hier aus der Not eine Tugend macht.

Doch Simons einmal so kampfhaft gegen den alldeutschen Stachel sollte, darf aber selnefalls so gedeutet werden, als ob gäne ein frischfröhlicher Kampf der Regierung gegen die deutsch-nationalen Opposition. Im Gegenteil! Die nationalstiftende Agitation schwint an. Und es schwint auch an der deutsch-nationalen Einfluss. Simons fühlt das. Er weiß auch, daß er an dieser Entwicklung nicht schuldlos ist. Er hat gegenüber seinen erpressischen Kontrahenten jenseits des Rheins ein Weilchen spielend mit deutsch-nationalen Triumpfen gedroht. Jetzt erst merkt er, daß dieses spielerische Geländel mit deutschnationaler Phraselogie zu einer gewaltigen Gefahr wird für die Fortschaltung einer noch einigermaßen möglichen deutschen Auslandspolitik. Die Deutsch-nationalen greifen mit der ihnen innewohnenden Dreistigkeit nach dem Steuer. Da schreit Simons zurück. Seine Abwehrgegenen gegen die Helferische und die auf den Bünken der Volkspartei sitzenden Alldänen kennzeichnen nur die zunehmende Schwäche der Simonschen Position. Das Vertrauensvotum, das er erhielt, sieht — bei Lichte betrachtet — für ihn durchaus nicht so herauschönend schön aus, als es im Vorübergehen erscheinen mag. Nicht die Absicht Simons, die Verhandlungen bei jeder passenden Gelegenheit wieder anzutuncken, nicht die wogenglättenden Absichten des Außenministers haben eine so starke Rückendeckung durch die bürgerlichen Parteien gefunden. Simons hat Anerkennung gefunden, weil er den Bruch mit den Alliierten in Kauf genommen hat. Sein nächster Schritt aber — es kann nur ein Schritt zur Verständigung sein — kann ihm den Hals brechen!

Die sechstindige Verhandlung über die Londoner Konferenz hat im Grunde nichts Neues gebracht. Die mit weichlichem, schwarzweißem schillerndem Schmalz ausgestattete lange Erklärung, die Trimborz für die bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme der Deutschen Nationalen) abgab, brachte durchaus nichts Aufreizendes. Teile davon scheinen der Feste eines Kriegervereinigungsvorstandes von anno dazumal entstehen zu sein. Graf Westarp's Deklamation und Rabulists erzeugten auch bei niemanden einen Nervenschlag. Hätte nicht der Redner der unabhängigen Sozialdemokratie die Debatte aus der trünenvollen Kriegsgeist herausgerissen, der Tag wäre einer der läßigsten für den deutschen Parlamentarismus geblieben.

Breitscheid hat in scharfem, schlagfertiger, eleganter Weise die Situation geschildert, wie sie ist. Und er hat weiter das nichtsahnige Spiel getrennt, das mit den Versuchen getrieben wird, jetzt die Schulz der deutschen Gewaltshaber am Krieg frech zu bestreiten. Die Fehler der deutschen Innen- und Außenpolitik wies unser Redner überzeugend nach und er zeigte die Wege auf, die zu gehen die Situation von der Regierung fordert. Die Rede klang aus in dem Hinweis, daß nur die internationale sozialistische Freundschaft, die die hies-

aus, in die Wiener sozialistische Arbeitergemeinde nicht zuviel vermag, die Klubgäste und Gewaltinhalte der kapitalistischen Gruppen niederschlagen kann. Der Sieg der sozialistischen Internationale ist die Rettung der Menschheit.

Was der Kommunist Leo v. sagt, unterscheidet sich durch nichts von den hierzüglich konjunktur Ouhendroben, zu denen das Moskauer Exekutivkomitee die Anweisungen liefert.

Unser Antrag, der mitschliessend feststellte, dass die deutsche Regierung durch ungenügende Durchführung des Friedensvertrags schadlos hinsichtlich der Entwaffnung der Entente mit die Vorwände für ihre als Sanktionen bezeichneten Gewaltmaßregeln ließ, und der ferner forderte, dass jede brauchbare Gelegenheit benützt werde, neue Ausgleichsverhandlungen anzulösen, verlor der Abschaltung. Es war dies der einzige praktische und der einzige entsprechende sozialistische Antrag. Die Rechtssozialisten aber lassen ihn niederkommen.

Außerdem wird uns von anderer Seite noch geschildert:

Als der Minister des Innern seine Rede begann, war zwar die Reaktion vollständig verfammt, aber das übrige Haus halb leer. Die Tribünen waren überfüllt, denn die Öffentlichkeit erwartete große Dinge, die Herren Abgeordneten aber sandten sich ein ganz allmählich ein, für sie konnte es keine Überraschung geben. Herr Simons sprach wie ein deutsches Weißbuch, walt, mühten, trosteten und ohne jede große politische Idee. Nicht nur die deutliche Öffentlichkeit, die ganze Welt erwartete die Antwort auf die Fragen: Was soll werden? Was soll die deutsche Regierung tun? Herr Simons unterhielt das Haus fast zwei Stunden lang mit seinen Zahnreihenplänen und mit der Aufzählung aller der Dinge, die jeder, der leben konnte, längst in allen Zeitungen gelesen hatte. Es ist selbstverständlich kein Zufall, dass der Minister des Innern an einem für die deutsche Außenpolitik so wichtigen Tage eine so ideale Rede hielt. Diese Rede war einfach der Ausdruck der Tatsache, dass diese Regierung den außenpolitischen Problemen hilfloser denn je gegenübersteht. Nur eine einzige Sorge hatte man, und die war innerpolitischer Natur: wie reagiert die Regierung? Wie bestellten wir uns dieser Situation, in der fast alle Parteien vernichtende Kritik an der Regierung prüft haben, ein Vertrauensvotum heraus? Es gelang, es gelang deshalb, weil weder Herr Westarp noch Herr Stinnes von Blut zur Courage fanden, und weil Herr Maurer, obwohl er eine neue Tat die Erneuerung des Abonnements auf die Deutsche Zeitung hatte entdecken können. Herr Simons bestellte also zum Schluss sorgsam die Formel des Vertrauensvotums heraus, ein Vertrauensvotum, so mag, dass eine Regierung von auch nur einigermaßen Geschick und Würde es niemals hätte schließen können. Herr Simons verlangte nicht etwa Absolution für das, was er in London alles getan, er hofft einfach erleben müssen, dass Herr Stinnes ihm praktisch den Beweis dafür erbrachte, dass der Herr Minister des Innern nur jener jüngster Mann sei. Er begnügte sich damit, dass das Haus ihm das Vertrauen aussprach für das „Nein“, das nicht er, sondern Blond George gesprochen hatte. Die Haupthandlung bestand darin, dass Herr Stinnes mit dem leichten Angebot des Ministers nicht einverstanden war. Wollte Herr Simons und mit ihm seine Regierung am Leben bleiben, so musste dieses Angebot befürchtet werden. Herr Simons erklärte also, dass durch die Sanktionen so völlig verbündete Zustände in Deutschland eingetreten seien, dass er dies sein letztes Angebot nicht mehr aufrechterhalten könnte. Damit hatte der junge Mann des Herrn Stinnes alles getan, was sein Herr verlangte. In einer wohlformulierten Erklärung der drei Regierungsparteien, also auch der Partei des Herrn Stinnes, die halb kroatisch, halb quellschriftlich Herr Trimborn verfasst wurde, das ausdrücklich vor aller Welt noch einmal festgelegt, und so konnte später Herr Westarp erklären, dass auch keine Partei der Regierung diese halbseitige Sorte von Vertraten aus sprechen würde, mit einer Formel, in der dies Wort ausser möglichst vermieden wird.

Gestern kam noch eine andre Partei dran, die beweisen wollte, dass ihr ganzer Mut gerade noch zu ein paar hochlönenden Schimpfworten ausreicht. Herr Westarp trommelte furchtbar auf den Deutschen Nationalen umher und tat grässlich erstaunt, dass die Regierung plötzlich ihre Angebote zurückziehe, das sie damit die Verhandlungsabsicht noch verringere und überhaupt kein Wort von neuen Verhandlungen sage. Das alles aber hielt die Herren Rechtssozialisten nicht ab, in aller Hemdsärmel dieser Regierung ihr Vertrauen auszusprechen und auf die Einbringung einer eigenen Resolution zu verzichten. Es geht ihnen nichts über gesunde Bierkantpolitik. Sie sind einander würdig, die Herren um Westarp und die um den Grafen Westarp, denn auch dieser verfuhr nach genau demselben Rezept, nur von der andern Seite her. Er gestießt die Regierung ausser bestätigte an, um dann zum Schluss zu erklären, dass seine Freunde für das -- sozusagen -- Vertrauensvotum stimmen würden.

Am Mittelpunkt aller drei Reden, der des Herrn Simons, wie des Herrn Westarp und des Grafen Westarp, ja selbst im Mittelpunkt der Erklärung der Regierungsparteien stand nicht zum geringen Erstaunen aller Welt plötzlich das Problem des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete Belgien und Nordfrankreich. Jetzt, wo es zu spät ist, mehr als 24 Monate oder zwei Jahre nach dem Zeitpunkt, an dem einsichtige deutsche Politiker die Aussistung eines jahrelang ausgearbeiteten Planes für unsre Leistungen beim Wiederaufbau gefordert haben, mehr als zwei Jahre nach dem Tage, an dem in Frankreich und Belgien besonnene Staatsmänner auf dieses Angebot warteten, finden im deutschen Reichstag, die Parteien sich einmütig an dieser Forderung zusammen und tun restauriert, dass die Regierung in dieser Frage nichts getan habe. Sie haben alle Urrede, die Herren Rechtssozialisten, das Maul aufzureißen, nochmals wieder Herr Scheidemann noch Herr Bauer, noch der sogenannte Außenminister Hermann Müller auch nur einen Finger in dieser Angelegenheit gerührt, geschweige denn einen Gedanken bewegt haben. Der Genoss Bötticher, dessen Rede wieder einmal das politische Ereignis des Tages war -- es wird nunmehr allmählich auch von höheren Politikern anerkannt, dass Bötticher der beste politische Redner des Hauses ist --, verdrückte auf die leichten Triumphe, die er hätte feiern können, indem er darauf hinwies, dass man ihm heute von allen Seiten Dinge nachaplapperte, die er jetzt wörlich acht Tage früher, teils dem Einne nach schon vor Monaten ausgesprochen hatte. Die Partei wird gut tun, seine Rede möglichst weit im Lande verbreiten zu lassen, im Inlande wie im Auslande, damit man erkenne, was wahre sozialistische Außenpolitik ist. Genoss Bötticher konnte all den Klauenzeltern die positive Tat unserer Partei entgegenstellen, die in Wien begonnen hat und die dazu führten wird, dass die Arbeiterschaft Englands und Frankreichs eine Verstärkung über die Wiederaufbauprobleme vollenden wird. -- Was danach kam, war Leo!

## Die Schwindlerin vom Peterssteinweg.

In ihrer Sonnabendnummer haben die Neuesten Nachrichten ihren Lesern versichert, der Staatskommissar für öffentliche Ordnung in Berlin habe amtlich erklärt, dass an den Putschgerüchten gemeint sind die von uns veröffentlichten Dokumente über die Putschabsichten des Kapp-Banditen Ehrhardt. Sein wahres Wort sei, alle diese Nachrichten seien vollkommen aus der Lust gegeben.

Diese Meldung des Rattenbüroblattes ist, wie wir jetzt feststellen können, ein ausgelegter Schwindel gewesen. Der Herr

Staatskommissar hat sich gehütet, sich so positiv auszudrücken, er hat vielmehr erklärt:

Ob die zur Begründung dieser Behauptungen verwandten Zeiten ganz und gar aus der Lust geprägt sind oder zum Teil der Wahrheit entsprechen, hat sich bisher noch nicht feststellen lassen. Eingehende Nachforschungen sind im Gange. Allgemein muss demgegenüber an der Unrichtigkeit festgehalten werden, dass von einem Rechtsputsch, an dem die Rechtsparteien und die grösseren Rechtsorganisationen unmittelbar oder mittelbar teilnehmen, nicht die Rede sein kann. Andererseits muss natürlich mit dem Bestehen unbekannter Pläne bei vereinzelten Querläufen und dem gemäß mit einem phantastischen Streich dieser vereinzelten Elemente immer gerechnet werden. Demgemäß sind umfassende Maßnahmen eingesetzt worden."

Herr Weishmann lässt also die Möglichkeit „unbekannter Pläne“ bei „vereinzelten Querläufen“ zu, er will nur die Rechtsparteien und die grösseren Rechtsorganisationen ausgenommen wissen. Das ist indes ein schlechter Trost, denn diese Rechtsparteien würden sich einem erfolgreichen Abenteuer ohne weiteres anschliessen. Sie würden nur so lange im Hintergrunde bleiben, als ihnen die Sache noch nicht sicher genug erscheint.

Wir wiederholen, dass wir die verschiedenen Wahlspunkte für die Echtheit der Dokumente haben, die wir am Freitag veröffentlichten. Das sei auch dem Leipziger Tageblatt bemerkert, das die demokratische Anwendung, die es am Sonnabend hatte, als es unsre Veröffentlichung ernsthaft rücksichtigend wiedergab, durch die Weisheit in der Montagsnummer wieder auslöschen versucht. Und wir wiederholen, dass die Gefahr einer Wiederholung des Kapp-Putsches in seiner Weise bezwungen überwunden ist, weil Ehrhardt seinen Putsch am 13. März nicht gemacht hat. Wir wiederholen, dass es Pflicht der Regierung wäre, nach dem gefährlichen Verschwörer ernsthafte zu ahnden und dann, da vergleichsweise von dieser Regierung nicht zu erwarten ist, die Arbeiterschaft auf der Hut sein muss!

Die Schwindlerin vom Peterssteinweg hat sich natürlich, vertraut auf die Urtrechtslosigkeit und Gedächtnisschwäche ihrer Leser nicht gescheut, den Jahrestag des Kapp-Putsches mit einer frechen Betrachtung zu begehen, worin von dem „Jammervollen Zwischenpiel des reaktionären Hazardeurs“ gemeint ist Kapp die Rebe ist. Die Herren am Peterssteinweg schreiben das, ohne rot zu werden bei dem Gedanken an die Tage, da sie ihre heissen Wünsche für das Gelingen des Kapp-Putsches durch die Veröffentlichung der Bekanntmachungen der Kapp-Banditen-Regierung an der Spitze ihrer Nummern vertrieben. Es fehlt natürlich auch nicht die Lüge, dass die Arbeiterschaft damals die Absicht gehabt habe, die Räterepublik auszurufen, es wird sogar der Genosse Lipinski als angeblicher Kronzeuge dafür angeführt. Der Schwundel ist denn doch etwas dikt. Ledermann, der die Augen offen gehalten hat, weiß, dass in jenen Tagen die Arbeiterschaft Leipzig wie in Berlin und anderswo sich in ihren Forderungen ausdrücklich auf naheliegende Dinge bekränzt und ausdrücklich weitergehende Ziele abgelehnt hat. Das Rattenbüroorgan braucht diesen Schwundel, um die Zeltfreiwilligen, die in ihrem Herzen nichts schüchterner als den Sieg der Kappisten wünschten und in den ersten Tagen ebenso wenig wie die Reichswehr zu einer Erklärung für die Verfassung zu bringen waren, als die Schüler dieser Verfassung hinzustellen, ohne die Leipzig „vielleicht Zustände erlebt hätte, wie in Ruhland“. Diese Zeltfreiwilligen ersassen übrigens in dem edlen Blatte eine Traueranzeige für ihre Opfer während der Kappzeit. Nun Gefallene gedenken sie, die angeblich in „tapferer Verteidigung für Recht und Gesetz fielen“. In Wahrheit stellten sie für die Gegenrevolution, für die zu fechten ihre überlebenden Kameraden heute noch allezeit bereit sind. Wir wissen sehr gut, dass diese „ehemaligen Zeltfreiwilligen“ noch durchaus nicht „ehemalig“ sind, sondern sich in Form von Sportvereinen und ähnlichen Verkleidungen ihre Organisation bewahrt haben und fest darauf rechnen, dass sie im Falle eines neuen Kapp-Putsches mit den Waffen, die sie verborgen haben oder die ihnen von den Kappisten- und monarchistischen Offizieren der Reichswehr gefestigt werden würden, wieder über die Arbeiterklasse herfallen können. Das sehen natürlich die Leipziger Staatsanwälte nicht, die das aber um so interessanteren Entdeckungen „in der Seele des Arbeiters“ zu machen wissen.

Die Leipziger Arbeiter wissen Bescheid und werden sich danach richten!

## Das Wehrdiktat der Entente.

J. v. Wien, 4. März.  
Der interalliierte Heeresüberwachungsausschuss hat bereits vor drei Viertel Jahren Einspruch gegen das Wehrgebot erhoben und seine Abänderung verlangt. Nach dem Friedensvertrag steht der österreichischen Republik das Recht zu, eine Wehrmacht mit 30 000 Mann aufzustellen. Die interalliierte Heeresmission vertreibt die Rechtsauffassung, dass in den 30 000 Mann auch die Wehrmacht in der Reserve enthalten sei, daher forderte sie die Herauslösung des Aktionsstandes auf 15 000 Mann. So grotesk es erscheint, dem entwaffneten, ohnmächtigen österreichischen Zweistaat, an dessen Ostgrenze Horitz eine Riesenarmee unterhält, die eine ständige Bedrohung der Demokratie und der Unabhängigkeit der Republik darstellt, den letzten Rest an Wehrhaftigkeit zu rauhen, so unerbittlich beharrten die Entente generalen in Wien auf ihrem Verlangen.

In der gestrigen Debatte des Nationalrats wurde es offenkundig, welche Trübsäule hier wirksam sind. Die österreichische Wehrmacht ist ein unverfälschtes Erbe der Revolution. Klassenbewusste Proletarier haben sie aufgebaut, klassenbewusste Proletarier sind die Träger der Waffengewalt. Die Angehörigen der Wehrmacht sind bis zum letzten Mann gewerkschaftlich organisiert und in ihrer großen Masse Sozialdemokraten. Die Konstitution der Wehrmacht und der Geist, der sie bestimmt, stellt die sicherste Bürgschaft gegen ihre Verwendung zu reaktionären Zwecken dar. Was Wunder, dass sie den geläufigen Hass der Bourgeoisie auf sich vereint hat! Da es den reaktionären Kräften hierzulande nicht wünschenswert erschien, den offenen Machtkampf um die Wehrmacht zu wagen, so versuchten sie, die wesensverwandten Ententevertreter in Wien, deren geneigtes Ohr sie natürlich besaßen, gegen die Wehrmacht zu mobilisieren. So konnte die Arbeiter-Zeitung, vor einigen Wochen eine Note des interalliierten Heeresausschusses veröffentlichen, mit der der österreichischen Regierung die Vollmacht gegeben wird, die Wehrmacht abzubauen und im gleichen Verhältnis den Stand der konservativen Landgendarmerie und Polizei zu vermehren. Die Erklärung der Sozialdemokraten, dass jeder Verlust, die Wehrmacht zu schwächen, den Kriegsfall bedeute, bestimmte die Regierung zu erklären, dass sie von dieser Vollmacht keinen Gebrauch zu machen gedene. Einige Tage später tritt die Regierung mit der Note des Generals Jaccard, des Chefs des interalliierten Heeresüberwachungsausschusses, vor die Öffentlichkeit, in der die Abänderung des Wehrgesetzes bis zu einem bestimmten Tage und in dem von ihm gewünschten Wortlaut zu erfolgen habe. Gleichzeitig brachte die Regierung eine Wehrgebotnovelle ein, in der diesem Verlangen Rechnung gebracht wurde. Die Sozialdemokraten erklärten allzgleich, dass

die Entente einen vermessen Einfluss in die Sowjetaktivität rechte der österreichischen Volksvertretung bedeute und daher mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden müsse. Nicht ohne Heiterkeit konnte nun der sozialdemokratische Abgeordnete Julian Uccaro nicht nur allein die Bezeichnung des Nationalrats und die Publikation der geforderten Wehrgebotnovelle im Bundesgeblatt bis zu einem bestimmten Tage fordere, sondern auch darauf hoffte, dass ihm der Wortlaut des vom Nationalrat beschlossenen Gesetzes vor seiner Einbringung im Hause gleichsam zur Zensur vorbereitet werde, wozu der gegenwärtige österreichische Heeresminister Dr. Glanz seine ergebnisse Bereitwilligkeit erklärt hatte. Die moralische Bedeutsamkeit der österreichischen und großdeutschen Partei ermöglicht es dem servilen Minister, noch weiterhin die Ministerbank des Nationalrats zu ziehen.

Der Grad der sitzlichen Verwahrung unsres Altersvertrags wurde auch schon an einem zweiten Dokument offenkundig, das Deutsch dem Hause zur Kenntnis brachte. So hatte der Bundesminister von Steiermark-Altboden, eine österreichisch-deutsche Parteigröße, der allerlei dunkle Beziehungen zu Horitz-Ungarn unterhielt und der ungarischen Soldaten des Waffenlager von Fürstenfeld geradezu in die Hände gespielt hatte -- die Interessen der interalliierten Heeresmission angrenzen, um zu erwirken, dass ein Waffen- und Munitionsdepot, das inmitten eines Arbeitersbezirks liegt, außer Landes geschafft werde, „da es zwischen einer Gefahr für den inneren Frieden darstelle“. Das Vor gehen Altbodens, der die Entente auf die österreichische Bundesregierung hofft, findet ein Gleichnis in dem Bitzgang eines früheren österreichischen Abgeordneten bei der Entente, um zu verhindern, dass die geplante Vermögensabgabe Gesetz werde. Die nationale Würde der arbeitsvollen Volksvertreter und Regierungsmitglieder findet es vereindlich, bei den Entente-generalen zu antichambrieren, um die sogen. Souveränitätsrechte, die der Friedensvertrag der Republik noch gelassen hat, zu vernichten. Der Geist der Vollansetzung Österreichs ergreift mit unheimlicher Schnelligkeit von dem servilen Bürgertum hierzulande Besitz. Die Würde des Volles findet nur noch in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ihre letzte Zuflucht.

## Die Entwaffnung Österreichs.

Wien, 10. März. Wie die politische Korrespondenz erichtet, hat die Volksstaatenkonferenz fünf Beschlüsse erfaßt, in denen die Entscheidungen des interalliierten Heeresüberwachungsausschusses über die Verforderung des österreichischen Heeres mit Ausstellungsobjekten und Waffen zu entscheiden werden; die Überlassung von Waffen für eine Anzahl Donauabendlöse wird abgelehnt. Die österreichische Regierung wird aufgefordert, die unterbrochenen Abstimmungen von Gesellschaften und Gewerken sofort wieder aufzunehmen. Die Anträge des Bundesministeriums für das Heereswesen wegen militärischer Schulen wurden ebenfalls abgewiesen; schließlich wurden auch alle Bezeichnungen der österreichischen Regierung über die bisherigen Entscheidungen der Heeresüberwachungsausschüsse und die bisherigen Beschlüsse der Volksstaatenkonferenz abgelehnt, womit auch das Antragen wegen einer staatlichen Kriegsmaterialfabrik endgültig abgeschlagen entschieden wurde. Zur Durchführung dieser Beschlüsse stellt der englische Vertreter das Verlangen dar, dass am 9. März mit der Abfertigung aller dieser noch nicht ausgelieferten Gewehre, Maschinengewehre und Gewehre benommen werden, wobei allerdings bei dem Obersten Rat die erforderlichen Maßnahmen beigelegt werden. Die hierdurch geschlossene Sachlage wurde sofort zum Gegenstand eingehender Beratungen gemacht, als deren Ergebnis festgestellt ist, dass in der Frage der 50 prozentigen Abgabe sofort ein weiterer Widerstand gegen die Forderungen der Alliierten nicht möglich ist, da sich die österreichische Regierung nicht auf Bestimmungen des Friedensvertrags stützen kann. Dagegen glaubt Österreich in der Frage der Armierung der Donauabendlöse aus den Bestimmungen des Friedensvertrages Rechtsanwaltsrechte ableiten zu können und wird die Alliierten erlauben, die Frage vor ein internationales Schiedsgericht zu bringen, und wird in Paris beantragen, als zur schiedsgerichtlichen Regelung die Auslieferung des für die Armierung der Brüderlichkeit bestimmten Materials in der Schweiz zu lassen. Auch in der Frage der Militärakademie wird ein Schiedsgericht beantragt werden. Schließlich wird auch wegen der Entscheidung über die Fabrik zur Erzeugung von Kriegsmaterial noch an die Volksstaatenkonferenz herangetreten werden.

## Die Rückkehr zum freien Handel in Rußland.

Venin kündigt weitere Konzessionen an die Privatwirtschaft an. DA, Riga, 12. März. Am 8. März begann der 10. Kongress der Kommunistischen Partei Russlands, der von Kamenev eröffnet wurde. Im Namen der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands begrüßt General Iwan den Kongress. Hierauf ergriff Venin das Wort zu einem hochbedeutenden Referat über die innere und äußere Lage Russlands. Lenins Rede kündigt eine Kursänderung der russischen Politik von einschneidendster Bedeutung an. Venin sagte in seinen Ausführungen: „Wir haben das Tempo des Übergangs von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft bestimmt Materialien in der Schweiz zu lassen. Auch in der Frage der Militärakademie werden ein Schiedsgericht beantragt werden. Schließlich wird auch wegen der Entscheidung über die Sowjetmacht dringend notwendig; ebenso notwendig sind Konzessionen an ausländische Kapitalisten.“

Die wichtigste politische Frage bislang gegenwärtig die Beziehungen zwischen der Arbeiterschaft und der Bauernschaft, wobei gleichzeitig die internationale Situation durch eine äußerst langsame Entwicklung der Weltrevolution gekennzeichnet wird. Wir dulden keinesfalls einen schnellen Sieg dieser Bewegung zur Voraussetzung unserer Politik machen. Unter diesen Umständen ist eine Verständigung mit den westeuropäischen Regierungen für die Sowjetmacht dringend notwendig; ebenso notwendig sind Konzessionen an ausländische Kapitalisten.“

Über die Lage des Bauernstandes führte Lenin aus: „Der Bauer erwartet von den zaristischen Generälen nichts mehr. Unsre Industrie kann ihm leider noch wenig liefern. Um die Dörfer, die wir von ihm verlangen, zu rechtfertigen, müssen wir bestrebt sein, der Bauernschaft entgegenzukommen. Wir werden bezüglich der Versiegungsmittel eine Naturalsteuer einführen, die verteilt wird nach dem Besitzstand der einzelnen Bauern. Wir wollen den Eigentumsinteressen des Bauerns ein möglichst weites Betätigungsfeld überlassen. Diese Steuer wird daher bloß einen Teil der Ernte erlassen; was von der Steuer nicht beansprucht wird, bleibt in den Händen des Bauern. Er wird somit die Möglichkeit haben, mit dem Überschuss-Gebiete frei zu handeln. Die Frage der Naturalsteuer ist die wichtigste und aktuellste Frage unserer Politik. Ihre Durchführung erfordert die größte Einmütigkeit und klare Verständnis der Schwierigkeiten, die der Sowjetgewalt gegenüber einer kleinstädtischen Klasse entstehen.“

Auf dem Kongress sind 705000 Kommunisten durch 900 Delegierte vertreten.

Die Zugeständnisse, die Lenin dem Betätigungsdrang der Eigentumsinteressen der Bauern entgegenstellt, bedeuten im Grunde genommen nichts anderes als eine Legalisierung des bereits bestehenden Zustandes. Während theoretisch die Bauern zur Absicherung sämtlichen über den Eigentumsinteressen hinausgehenden Betriebs verpflichtet waren, lieferen sie tatsächlich nur einen verhältnismässig Bruchteil davon ab, der ihnen zu Preisen abgenommen wurde, die einer Konfiskation gleichkamen. Der übrige Teil der Ernte verblieb nun mehr als die Hälfte in den Händen der Bauern. Nunmehr soll die Abfertigungspflicht durch eine Naturalsteuer erlost und der freie Handel offiziell zugelassen werden.

Nachdem die Sowjetregierung tatsächlich und theoretisch Schritt für Schritt vor den Eigentumsinteressen der Bauern zurückgetreten ist und ihnen ein „Betätigungsfeld“ nach dem andern eröffnet hat, befindet sie nun ihre völlige Kapitulation vor ihnen, überantwortet sie vier Fünftel der russischen Wirtschaft der schrankenlosen Privatwirtschaft und den größten Teil des übrigen Fünftels der kapitalistischen Ausbeutung durch das Ausland. Eine Kapitulation der überkommenen, vor den Entwicklungsaufgaben hartnäckig die Augen verschließenden Politik der Kommunisten, vor der Macht

dieser Entwicklungsgelege, wie sie vollständiger nicht gebast werden kann! Und diese völkischen Ignoranten, die ihre Politik von Niederlage zu Niederlage führt, erfreuen sich, der fortgeschrittenen Unberührbarkeit des Westens das Geleis ihres Handelns verschreiben zu wollen!

## Georgien vor dem Untergang.

Baoden, 12. März. Die Times meldet aus Konstantinopel, daß die georgische Armee angehört habe zu existieren. Die Sowjettruppen dringen nach vom Norden nach dem Süden vor. Von georgischer Seite sind die türkischen Truppen erachtet worden, Batum zu besetzen, damit diese Stadt nicht in die Hände der Bolsheviken fällt.

Die Tatsache, daß Batum von den Türken besetzt wurde, trifft wohl zu, aber der obigen Darstellung, die von türkischer Seite stammt, ist mit größtem Misstrauen entgegenzutreten.

## Die Armee Wrangels in Serbien.

Berzad, 10. März. (Rosta.) In serbischen Kreisen wird mitgeteilt, daß die serbische Regierung der Armee Wrangels gestattet hat, in Dalmatien ans Land zu gehen, unter der Bedingung, daß ihr Aufenthalt dort von kurzer Dauer sein wird. Ihr weiterer Bestimmungsort wird geheim gehalten. In politischen Kreisen bringt man diese sensationelle Nachricht damit in Zusammenhang, daß General Koch sich um das Zustandekommen eines militärischen Bündnisses zwischen Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und Serbien bemüht.

Nach einer Rosta-Meldung schreibt die Petrogradskaia Tschchia: Die aus Konstantinopel in Batum eingetroffenen Matrosen erzählten, daß in den Lagern der Wrangeltruppen in Gallipoli und auf der Insel Lemnos die Kriegsgefangene mit großer残酷性对待 arbeiten. Wegen Flucht wurden insgesamt 600 Mann erschossen.

## Vilna nimmt den Vorschlag auf Verhandlungen an

Romno, 11. März. (Litauische Telegraphen-Agentur.) Das Kabinett hat beschlossen, den Vorschlag des Völkerbundsrates bezüglich die Aufnahme unmittelbarer litauisch-polnischer Verhandlungen in Vilnius anzunehmen.

Zeligowski hat den Generalstabschef Bliechini zum Befehlshaber der Armee Zentralstaaten ernannt.

## Die englischen Bergarbeiter vor neuen Kämpfen.

London, 10. März. Eine Delegiertenkonferenz der englischen Bergarbeiterverbände wird heute hier zusammenkommen, um zu dem in der englischen Thronrede angekündigten Gesetz über den Abbau der staatlichen Kohlenwirtschaft Stellung zu nehmen. Dieser Gesetzentwurf, der im wesentlichen den Forderungen des Kohlenhändlers und der Grubenbesitzer entspricht, die wieder eine größere Bewegungsfreiheit bei ihren wirtschaftlichen Dispositionen für notwendig halten, wird von der Arbeiterschaft, die immer noch eine Nationalisierung der Bergwerke und des bergbaulichen Betriebes wünscht, nachdrücklich bekämpft.

Die Konferenz der Bergarbeiter-Bertreter soll nun Richtlinien ausarbeiten, die sowohl eine staatliche Leitung der Kohlenförderung durch ein Ministerium für den Kohlenbergbau als auch die Berechnung eines gerechten Lohnes als Erfolg für das im Oktober nur provisorisch angenommene Präliminärstimm vorsehen werden.

## Smillies zurückgetreten.

Paris, 10. März. Nach einer Londoner Hawasmeldung ist der Rücktritt Robert Smillies von seinem Posten als Präsident des Bergarbeiterbundes, der aus Gesundheitsgründen erfolgte, genehmigt worden.

## Ausschreitungen deutschnationaler Studenten in Wien.

Wien, 12. März. Eine Korrespondenz meldet: Die sozialistischen Studenten veranstalteten im kleinen Festsaal der Universität eine Märzeier, bei der Abg. Dr. Otto Bauer, Professor Gründer und Ludo Hartmann sprechen sollten. Die deutchnationalen Studenten drangen in den Festsaal und sprengten die Versammlung. Es kam zu Auseinandersetzungen, wobei auch Dr. Bauer insuliert wurde. Auf die Kunde hierzu eilte ein großer Trupp Wehrmänner aus der Rossauer Kaserne ohne Schilderwehr zur Universität. Die Wehrmänner, die in die Universität einzudringen wollten, wurden von der Rampe herabgedrängt. Die Polizei bildete zwischen beiden Parteien einen Kordon. Nachdem die Wehrmänner die Nachricht erhalten hatten, daß Dr. Bauer unverletzt und in Sicherheit sei, zogen sie ab, worauf auch die deutchnationalen Studenten sich zerstreuten. — Die sozialdemokratischen Abgeordneten brachten eine Interpellation ein, worin sie unter Hinweis auf die heutigen Zwischenfälle an der Universität fragen, was der Minister vorzuhören gedenkt, um allen Parteien die gleiche Meinungsfreiheit auf akademischem Boden zu sichern.

## Ein Hohenzoller.

### Die „Freuden“ des geistig normalen Prinzen Friedrich Leopold von Preußen.

Von einem preußischen Gericht ist förmlich ein Entmündigungsantrag abgelehnt worden, den die preußische Regierung gegen den Prinzen Friedrich Leopold von Preußen wegen Verchwundung u. a. gestellt hatte. Der Prinz ist also damit für geistig normal erklärt worden. Neben diesen geistig normalen Hohenzollern steht nun der Entmündigungsantrag folgende erhabliche Tatsachen mit:

Ein Beamter des Prinzen, Herr Mattenholz, hat folgendes ausgelagert: „Der Prinz hatte anscheinend ein sehr großes Vergnügen daran, wenn er einen seiner Angestellten durch einen Schlag gegen den Kopf zu verprüfen konnte. So mußte ich oft allabendlich in seinem Zimmer an einem besonderen Tisch sitzen, wo bei ich dauernd zum Trinken genötigt wurde. Es ist vorgekommen, daß ich manchen Abend zwei bis drei Gläsern auf Befehl trinken mußte. Wenn trotz seines Drängens und Antriebens ich mit Rücksicht auf meinen Gesundheitszustand die genannten Quantitäten nicht zu mir nehmen wollte, drohte der Prinz, indem er sagte: „Sedenken Sie, daß Sie noch nicht 10 Jahre hier sind. Sie trinken nicht etwa zu Ihrem Vergnügen, sondern Sie trinken zu meinem Vergnügen.“

Die Bemerkung „Sie sind noch nicht 10 Jahre im Dienst“, mußte ich als Drohung auftauchen, wenn man bedenkt, daß der Prinz mit dem Hinauswerfen von Angestellten immer sehr leicht bei der Hand war. In der Sorge um meine Existenz habe ich dann beobachtet, daß die großen Mengen Wein zu mir genommen. Ich merkte bald, daß mein Gesundheitszustand sich zu verschlechtern begann. Abgesehen von einer hochgradigen Nervosität befahl meine rechte Hand durch das dauernde Jittern einen Angriff, der mir zeitweise die Bewegungsfreiheit der Hand nahm (Schreibkampf).

Unmehr sträubte ich mich, weiter auf Befehl zu trinken. Ich wies den Prinzen auf meinen immer schlechter werdenden Gesundheitszustand hin und erklärte, daß ich nicht mehr in der Lage wäre, Jittern zu spielen. Die Antwort des Prinzen war: „Dann brauchen Sie überhaupt nicht mehr herzukommen.“ Um weiter klar zu machen, wie mein Gesundheitszustand leiden mußte, erwähnte ich noch, daß der Prinz mir durch den Kellermeister in seinem und meiner Frau Beilein die lärmenden Schläge zusammenbräue ließ. Zum Aufruhrbringen dieser Schläge wurden verwandt: schwache englische Soucen, Pfeffer, Portwein und Sherry. Dieses Gefüge mußte ich dann in Gegenwart des Prinzen und seiner Frau austrinken. Der Prinz und seine Frau hatten ein sichtliches Vergnügen daran, wenn ich

versuchte, dieses Geleid herunterzubringen. Ich konnte mich nur vor weiteren derartigen Torturen schützen, indem ich unter Überwindung aller Unannehmlichkeiten, ohne mein Gehirn zu verletzen, das Geleid hinunterwürgte. Ich merkte sofort, daß der Prinz dann keine Freude mehr daran hatte, und er verschonte mich darauf mit derartigen Getränen.

Ich bin bereit, meine Aussagen zu beenden.

### Sohnenschnabel für Hohenzollernhunde.

Der ehemalige Leibjäger des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen hat Aussagen folgenden Inhalts gemacht und sich bereit erklärt, dieselben zu bekräftigen und noch zu erweitern:

Während des Krieges, als alle Nahrungsmittel sehr knapp waren und das deutsche Volk bitter Not litt, hat die Hunde des Prinzen mittlerweile menschliche Nahrung gefüllt worden. Die Stalhunde erhielten mit Fleisch gekochtes Reis, der ziemlich weich durch den Hofmarschall von Donov angelauft wurde. Die Viehlebenshunde des Prinzen erhielten noch besondere Futter, z. B. Schnenschnabel, Schweine- und Kalbsleber. Besonders z. B. Viehlebenshund Tom wurde so überreich mit den besten Dingen gefüllt, daß er die besten Hinterläufe sehen ließ. Der Leibjäger mußte dem Hund dann die Schnenschnabel ins Maul stopfen. Der Prinz verlangte dies nicht, weil er seinen Hund liebte, sondern um seinen Angestellten zu zeigen, daß ihm seine Hunde lieber waren als sie. Er pflegte seine Angestellten häufig mit dem Ausdruck „deutscher Schleimbund“ zu beklappeln.

Sein Gedächtnis ging noch weiter. Der Hund Tom trug eigens für ihn angefertigtes Pelzwerk, auf Autofahrten eine Autobrille und auch ein Radlack gehörte zur Ausstattung des Hundes. Ungeheure Summen haben seine Hunde verschlungen. Auf seinem Gut Saarmund hielt er 80 Stück, die in einer Koppel zusammengehalten waren und außer mit Pferdefleisch auch sonst mit allerlei menschlicher Nahrung gefüllt wurden. Die eng zusammengehaltenen Hunde haben sich dort durch Unzucht zum Leid selbst ausgesieben.

Der Prinz betrachtete sich fast jeden Tag bis zur Bewußtlosigkeit. An vielen Tagen war er nicht in der Lage, sein Bett zu erreichen, es mußte ihm fast nichts dabei geholfen werden.

Wenn ich bediente, daß der Prinz für Wein und Sotterlosen und für die Haltung seiner Hunde Unsummen ausgab, dagegen seine Angestellten mit einem Hungerlohn bezahlte, so nehm ich an, daß er all das nur tat, aus der Lust heraus. Menschen und Tiere zu quälen.

## Hauptmann Pfeiffer vor Gericht.

Stargard, 9. März.

In der heutigen Verhandlung wurde in der Zeugenwirthschaft fortgeführt. Der Zeuge, Arbeiter Behnke, war Mitglied der Arbeitsgemeinschaft und arbeitete auf Gut Kammin. Er befandet, daß er von militärischen Dingen nicht das Geringste bemerkte habe. Der Vorsitzende hält darauf dem Zeugen einen Artikel der Roten Fahne vor, in dem es heißt, daß auf Gut Kammin ein Offizier, zwei Unteroffiziere und 28 Männer mit feldmarschmäßiger Ausstattung einquartiert seien und daß die Leute 24 Stunden landwirtschaftlichen und 24 Stunden militärischen Dienst machen, sowie, daß der dortige Flurhügel mit Handgranaten, Gewehren, Modell 98. und Munition ausgerüstet seien. Der Zeuge erklärt diese Angaben für vollkommen unwahr. Der Flurhügel habe ansangs überhaupt keine Waffen gehabt. Erst nachdem ein Mann überfallen worden sei, hätten die Flurhügel Gewehre, Modell 71, und Jagdgewehre erhalten.

Die beiden nächsten Zeugen Timm und Wöll, die von dem Heinrich Wälzer in Bielefeld angeworben waren, kamen auf das Gut Cottow im Kreis Arnswalde. Als sie merkten, daß sie landwirtschaftliche Arbeiter seien und keine Soldaten, sind sie wieder abgefahren. Der Zeuge Timm bemerkte hierzu, daß Hauptmann Pfeiffer ihm einmal gesagt habe, die Leute müßten hier als ländliche Arbeiter sich betätigen, nur bei einem eventuellen Putsch, der zu erwarten sei, würden sie unter Pfeiffers Leitung Verwendung finden. Der Angeklagte bestreitet diese Aussicht. Beide Zeugen erklären, daß sie von irgendwelchen Waffen oder militärischen Übungen nichts gesehen haben.

Zeuge Göttinger Marx erzählte von einem Werber, der ihn in Berlin angeholt und davon geprahnt habe, er nehme mit Vorliebe Leute, die vorbestraft seien, denn es ginge darum, mit den Arbeitern und den Soldaten gegen die Reichswehr. Der Zeuge meldete diese Vorfälle bei der Staatsanwaltschaft. Der Angeklagte erklärt hierzu, daß er jede Verantwortung für das Treiben dieses Werbers ablehne. Er sei der Meinung, daß der Betreffende ein Spitzel von irgendeiner Seite gewesen sei. Der Zeuge Beilein war Angehöriger der Sturmabteilung des Freikorps Pfeiffer und ist als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft noch heute auf dem Gut Gladow im Kreis Arnswalde beschäftigt. Auch er hat nichts von Waffenlagern oder militärischen Dingen geschenkt. Der Angeklagte weiß im Zusammenhang hiermit auf die gestern schon erwähnte Karte hin, auf der an einer Stelle das Wort „Sturmabteilung“ eingetragen sei. Damit habe er den Bezirk gekennzeichnet, in dem die ehemaligen Angehörigen der Sturmabteilung als Bandarbeiter beschäftigt seien. Die Bezeichnung „Sturmabteilung“ sei früher die offizielle Bezeichnung dieser Formation gewesen, da sie Begleitabteilung eines Sturmabteilons war.

Der Zeuge Kuntzsch macht ähnliche Aussagen wie die vorherigen Zeugen. Er befandet ferner, daß er auf eigene Kosten von Paderborn nach Arnswalde gefahren sei. Andere Leute hätten sich dagegen in der Seine Fabrik besorgt mit dem Stempel „Schiffs - Stamm - Division der NSDAP“. Diese Fälschung sei größtenteils gefälscht gewesen und wären im Sennelager für 3 Mr. zu haben gewesen. Von Motten, Munition oder von dem Vorhandensein einer militärischen Organisation will der Zeuge nichts bemerkt haben. Die noch vorhandenen 18 Männer der Sturmabteilung säumen ab und zu lärmadätschlich zusammen, halten aber keinerlei Übungen ab.

Die nachfolgenden Zeugen Wendt, Pietzen, Preuß, Hofverwalter Leistikow und der frühere Lieutenant Hilbert sagten ebenfalls aus, daß sie von Waffen und militärischen Übungen nichts gesehen haben.

Oberst Lange von der Ordnungspolizei in Schwerin erklärt, daß er von Hauptmann Pfeiffer überhaupt nichts wisse. Zeuge Guischescher Mahnke: Berlebriagie bestreitet, daß auf seinem Gut ein Waffenlager und ein Feuerflugzeug untergebracht sei. Er habe weder Waffen noch ein Flugzeug; mit Hauptmann Pfeiffer habe er nichts zu tun. Er muß sich aber von dem Leiter des Landarbeiterverbandes Dräger vorhalten lassen, daß gerade in Berlebriagie im Juni v. J. eine Waffenlieferung stattgefunden habe. Es seien dort zwei Räumen mit Waffen abgeladen worden. Der Zeuge erklärt hierzu, daß damals ein Umgang bei ihm stattgefunden habe und daß er lediglich alte Dekorationen - wie Schilde mit Steinböcken besaß, die er nicht abzuliefern brauchte.

### Der harmlose Frontbund.

Es folgt dann die Vernehmung des früheren Offiziersstellvertreters Eßler, der jetzt bei der Deutschnationalen Volkspartei in Potsdam tätig ist. Er befandet, daß er zusammen mit andern Herren im Vorland des Frontbundes tätig gewesen sei. Der Bund habe den Zweck gehabt, die Soldaten zu einer wirtschaftlichen Vereinigung zusammenzuschließen. Irgendeine Gewalttat gegen die Regierung bei der Auslösung der Freikorps habe den Bund niemals unternommen. — Staatsanwalt Ramann: Der Frontbund bedachte doch aber, gegen die Regierungnahmen Opposition zu machen. Gerade deswegen wurde doch die Verordnung des Reichspräsidenten erlassen. — Zeuge: Nach der Verordnung des Reichspräsidenten wurde der Bund aufgelöst. Die Organisation ging dann über zu einer Arbeitsgemeinschaft, die eine reine Stellvertreterung war. Die entlassenen Soldaten des Freikorps wurden von der Arbeiterschaft damals kontrolliert und konnten keine Stellung finden. Hauptmann Pfeiffer bemühte sich seine Leute unterzubringen. Ich versprach ihm, dabei zu helfen, und ging mit ihm nach Arnswalde, wo ich bei der Verteilung der Leute auf die einzelnen Güter tätig war. Wir haben ausdrücklich allen Soldaten gesagt, daß sie arbeiten müßten. Irgendeine Waffen haben wir nicht gehabt. — Vorsitzender: Worauf führen Sie denn die Veröffentlichungen in der Freiheit und der

Molen Fahne über die Arbeitsgemeinschaft auf? Darin wird doch von Gewehren, Handgranaten, Flugzeugen usw. gesprochen. Außerdem heißt es, daß die Arbeitsgemeinschaft für die Abwehr eines Linkspolitisches geachtet war. — Zeuge: Von alledem kann keine Rede sein. Ich möchte auch noch folgendes betonen: Ich bin mit dem Angeklagten absolut nicht befreundet. Hauptmann Pfeiffer hat mich exzessiv gemacht, er hat mich Knall und Fall entlassen. Aber ich fühle mich verpflichtet, dem Gericht die Wahrheit zu sagen. Der Zeuge sagt dann über Bünneweier und Henberg, daß diese sich Blanko verschafft hätten und erklärten, mit dem Material in Berlin läufig Geld herauszuschlagen zu wollen. Bünneweier kann sich dieser Neuerung nicht entzinnen.

Hierauf legt Rechtsanwalt Dr. Hollmick dem Gericht einen Zettel vor, mit der Bitte, diesen mit dem Zettel, der gestern besprochen wurde, und der Unterschrift des Leutnants v. Schnorrberg trage, zu vergleichen. Der von dem Verteidiger vorgelegte Zettel stellt, wie der Vorsitzende vorliest, ein Entlastungszeugnis dar, das das Datum Cörlow, den 10. 8. 20 trägt und für den Offiziersstellvertreter Eßler aufgestellt ist. Die Unterschrift lautet: „Im Auftrage Schnorrberg“. Der Zeuge Eßler erklärt hierzu folgendes: „Diesen Zettel mit Namen Schnorrberg hat Bünneweier auf mein Verlangen und in meiner Gegenwart im Hotel Graf Moltke in Paderborn ausgefüllt. Das kann ich beschwören. Ich habe noch auf die Rückseite des Zettels dann aufgeschrieben: „Gefälscht von Bünneweier in Paderborn“. — Vorsitzender: Das ist richtig. Dieser Vermißt steht hier. (Dr. Bünneweier): Hier steht die Existenz des Angeklagten auf dem Spiel. Ihm droht eventuell eine Gefängnisstrafe. Ihnen droht bei einem Weineld die Austraumstrafe. Ich mache Sie nochmals auf die Bedeutung des Eldes aufmerksam. Eventuell können Sie die Aussage hierüber verwirren, wenn Sie sich dadurch strafbar machen. — Zeuge Bünneweier: Ich verzweifle meine Aussage. — Rechtsanwalt Hollmick: Und diese Handschrift Bünneweiers ist ganz ähnlich der auf dem ersten Zettel mit der Unterschrift Schnorrbergs. Bünneweier hat ja auch zu Eßler gesagt, er hätte genügend Blanko mit Stempel. Dabei kann der Angeklagte hier beweisen, daß er überhaupt keinen Stempel in seinem Besitz hatte. — Zeuge Eßler: Ich habe mit diesem Schriftstück von Bünneweier ausspielen lassen, um diesen Denunzianten zu entlarven und darzutun, daß diese Leute für Gesetz alles Mögliche fälschen. Ich habe die falsche Überzeugung, daß auch die in der Linkspresse erschienenen Dokumente und Urteile gefälscht sind.

— Rechtsanwalt Hollmick: Haben Sie vielleicht auch einmal die Unterschrift des Hauptmannes Pfeiffer nachgewählt? — Zeuge Bünneweier: Darüber verzweifle ich meine Aussage. (Große Bewegung im Saal) Die Zeugen Landwirtschaftslese Sielemer, Bergpraktikant Schröder und die Gendarmeriewachtmesser Bernau und Rabau befinden übereinstimmend, daß die Arbeitsgemeinschaft Pfeiffer keine Waffen gehabt und tatsächlich nur eine wirtschaftliche Organisation gewesen sei. Die Kriminalwachtmester Görgmann und Hauer bestätigen dies auf dem ersten Zettel mit der Unterschrift Schnorrbergs. Bünneweier hat ja auch zu Eßler gesagt, er hätte genügend Blanko mit Stempel. Dabei kann der Angeklagte hier beweisen, daß er überhaupt keinen Stempel in seinem Besitz hatte. — Zeuge Eßler: Ich habe mit diesem Schriftstück von Bünneweier ausspielen lassen, um diesen Denunzianten zu entlarven und darzutun, daß diese Leute für Gesetz alles Mögliche fälschen. — Zeuge Bünneweier: Ich verzweifle meine Aussage. — Rechtsanwalt Hollmick: Und diese Handschrift Bünneweiers ist ganz ähnlich der auf dem ersten Zettel mit der Unterschrift Schnorrbergs. Bünneweier hat ja auch zu Eßler gesagt, er hätte genügend Blanko mit Stempel. Dabei kann der Angeklagte hier beweisen, daß er überhaupt keinen Stempel in seinem Besitz hatte. — Zeuge Eßler: Ich habe mit diesem Schriftstück von Bünneweier ausspielen lassen, um diesen Denunzianten zu entlarven und darzutun, daß diese Leute für Gesetz alles Mögliche fälschen.

Die Zeugen Landwirtschaftslese Sielemer, Bergpraktikant Schröder und die Gendarmeriewachtmesser Bernau und Rabau bestätigen übereinstimmend, daß die Arbeitsgemeinschaft Pfeiffer keine Waffen gehabt und tatsächlich nur eine wirtschaftliche Organisation gewesen sei. Die Kriminalwachtmester Görgmann und Hauer bestätigen dies auf dem ersten Zettel mit der Unterschrift Schnorrbergs. Bünneweier hat ja auch zu Eßler gesagt, er hätte genügend Blanko mit Stempel. Dabei kann der Angeklagte hier beweisen, daß er überhaupt keinen Stempel in seinem Besitz hatte. — Zeuge Eßler: Ich habe mit diesem Schriftstück von Bünneweier ausspielen lassen, um diesen Denunzianten zu entlarven und darzutun, daß diese Leute für Gesetz alles Mögliche fälschen. — Zeuge Bünneweier: Ich verzweifle meine Aussage. — Rechtsanwalt Hollmick: Und diese Handschrift Bünneweiers ist ganz ähnlich der auf dem ersten Zettel mit der Unterschrift Schnorrbergs. Bünneweier hat ja auch zu Eßler gesagt, er hätte genügend Blanko mit Stempel. Dabei kann der Angeklagte hier beweisen, daß er überhaupt keinen Stempel in seinem Besitz hatte. — Zeuge Eßler: Ich habe mit diesem Schriftstück von Bünneweier ausspielen lassen, um diesen Denunzianten zu entlarven und darzutun, daß diese Leute für Gesetz alles Mögliche fälschen.

Es folgt dann die Vernehmung einer Reihe weiterer Gutsbesitzer aus dem Kreise Arnswalde, die übereinstimmend befunden, daß die Pfeifferleute lediglich als Bandarbeiter tätig gewesen seien, daß weder von Waffen noch sonst von militärischen Organisationen die Rede sein könne. Der Zeuge Leutnant v. Beuer, der im Sennelager ein Waffenlager für Pfeiffer unterhalten haben soll, erklärt, daß er niemals mit Waffenlagern zu tun gehabt habe. — Dann wurde die Verhandlung auf Donnerstag früh vertagt.

## Pfeiffer freigesprochen.

Stargard, 12. März. Hauptmann Pfeiffer wurde heute vormittag dem Antrag des Staatsanwalts gemäß freigesprochen. Die Kosten fallen der Staatsfahrt am Tisch. Die Kautioon von 20.000 Mark, gegen die Pfeiffer auf freien Fuß gesetzt worden war, ist freigegeben.

## Bon Tch und Fern.

Schwerer Eisenbahnunfall.

U. Hildebrand, 14. März. Ein Eisenbahnunglüx ereignete sich gestern morgen, wie die Hildesheimer Zeitung meldet, auf dem hiesigen Bahnhof

# Ortsverein L.-Ost.

Die nächsten

## 4 Bezirks-Mitglieder-Versammlungen

finden abends 18 Uhr in folgenden Lokalen statt:

Montag, den 14. März, in der Güldnen Aue  
Freitag, d. 18. März, im Sophienschlösschen

Sonnabend, den 19. März, in den 3 Mohren

Montag, d. 21. März, in Kasslers Festsälen

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Sozialisierung und Wiederaufbau.

2. Die bevorstehenden Elternratswahlen.

Referenten die Genossen Janssen, Dornburg und

Emil Schönfeld.

Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

### Altes Theater.

Altvord-Wagner-Blok (Rathaus verboten) Gegenruf 1410.

Montag, den 14. März 1921. Montag, den 14. März 1921.

Schillertheater ab 18 Uhr öffentliche Vorstellung

### Alte Walewski.

Tragödie in 5 Akten von Herbert Gubendorf.

Im Scene gesetzt von Dr. Alwin Aronacher.

Einfache Preise, vorer 7 Uhr, 7½ Uhr, 8 Uhr gegen 10½ Uhr.

Studenten und Schülerarten angemeldet.

Dienstag, den 15. März: Vorstellung für den Soz. Wochenaus-

schuss, Montag 1918. Einfang 7½ Uhr.

Mittwoch, den 16. März: Vorstellung für den Leipziger Wirt-

chaftsverband: Alte Walewski. Einfang 7½ Uhr.

### Neues Theater.

Hugoburg (Rathaus verboten) Gegenruf 1410.

Montag, den 14. März: Vorstellung für den Leipziger Wirtshausver-

band: Tannhäuser. Einfang 8 Uhr.

Dienstag, den 15. März: 34. Wettrechts-Vorstellung (3. Folge, Preis):

Georgs Aufgang 7 Uhr.

Mittwoch, den 16. März: Vorstellung für den Gesangverein Güten-

berg: Jar und Zimmermann. Einfang 7 Uhr.

Mittwoch, den 16. März: Der letzte Walzer. Einfang 7½ Uhr.

### Neues Operetten-Theater.

Rathaus (Rathaus verboten) Gegenruf 2484.

Montag, den 14. März: Vorstellung für den Wirtschaftsverein

deutscher Arbeit: Die Frau im Hermelin. Einfang 7 Uhr.

Dienstag, den 15. März: Der ersten Liebe geliebte Zeit. Einfang 7½ Uhr.

Mittwoch, den 16. März: Der letzte Walzer. Einfang 7½ Uhr.

### Vichweger & Carl

Riebeckstraße Spezial-Geschäft für Nähmaschinen und Fahrräder.

Ziehung 21. bis 28. März

### Geld-Lotterie

des Landes-ausschusses für Krüppelhilfe in Sachsen,

zu Gunsten der Krüppelhilfe.

Hauptvortrieb: Alexander Hessel, Dresden, Weißensee 1.

Höchstgewinn 1. gewinnt. Fall

**100 000**

Preise: **75 000**

**25 000**

**10 000**

**5 000**

Kleinster Gewinn M. **10**

Los & M. 4.—(Postzgl. n. Liste M. 13) bei den Staatslotterie-Einnahmen und den durch Plakate kenntlichen Geschäften.

1. gewinnt. Fall

# Der Reichstag über die Londoner Konferenz.

Am Regierungstische: Fehrenbach, Heinze, Dr. Simons, Wirth, Koch, Geßler, v. Raumer.

Das Haus ist gut besetzt, die Tribünen sind überfüllt. In der Diplomatenloge wohnen zahlreiche Vertreter fremder Staaten den Verhandlungen bei.

Ein Antrag auf Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Höhne (Komm.) wegen Beleidigung geht an den Geschäftsausschuss. Von der vorläufigen Landesversammlung Kärnten ist ein Telegramm eingegangen, wonach die Landesversammlung mit diesem Bedauern Kenntnis nimmt von der Beleidigung weiter deutscher Gesetzesleute durch die Entente.

## Der Bericht des Außenministers.

Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung die Entgegnahme einer Erklärung der Reichsregierung über die Verhandlungen in London.

Minister des Auswärtigen Dr. Simons: Meine Damen und Herren, die Erklärung, die ich heute namens der Reichsregierung vor Ihnen abzugeben habe, wird sich darstellen als ein Rechenschaftsbericht der deutschen Delegation über ihre Tätigkeit auf der Konferenz in London und als eine Mitteilung über die Absichten, die die deutsche Regierung angesichts der Ergebnisse der Londoner Konferenz hat. Die Londoner Konferenz ist eine Fortsetzung von Spa und ein Erfolg für Genf. Sie wissen, daß uns in Spa eine solche Konferenz verprochen worden war. In Spa ist zum erstenmal an die Stelle des unfruchtbaren Notenwechsels eine Verhandlung von Mann zu Mann getreten über die Haupt- und Kernfrage der wirtschaftlichen Not unserer Zeit: die Reparationsfrage. Wir hatten Anspruch darauf, daß die Behandlung dieser Reparationsfrage vorgenommen wurde auf einer Konferenz in einem neutralen Lande. Das war nicht ohne Wichtigkeit für uns. Denn man konnte hoffen, daß in einem neutralen Lande die Reparationsfrage unter einem umfassenden nicht internationalen Gesichtspunkt hätte in Angriff genommen werden können. Aber wenn uns nun statt einer Einladung nach Genf eine solche nach London zuging, so konnte die deutsche Regierung sich nicht entziehen. Zu groß war für uns das Interesse, daß wir endlich einmal Klarheit bekommen über den

Umfang unserer Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage.

Die Konferenz in London hatte außerordentlich starke Hindernisse zu überwinden. Diese Hindernisse sind hauptsächlich entstanden durch die vorhergegangene Konferenz in Paris. Denn, wie ich das immer hervorgehoben habe, in dem Moment, wo die Alliierten ihre Forderungen allgemeinlich der Welt und uns verhindert hatten, hatten sie sich so festgelegt, daß eine Übereinkunft sehr erschwert war. Und natürlich mußte sich als Gegenwirkung gegen die einseitige Festlegung der Alliierten im deutschen Volke eine feste Meinung bilden über die Annahmbarkeit und Unannehmbarkeit dieser Forderungen, die auch ihrerseits einer Festlegung gleichsam. Es hat sich hier klar gezeigt, daß nur dann eine Aussicht auf Verständigung besteht, wenn die beiden maßgebenden Faktoren für die Reparationsfrage im beiderseitigen Stadium geprüft und miteinander in Einklang gebracht werden. Die beiden Hauptfaktoren sind nach dem Friedensvertrag selbst einerseits der Schaden, der in den ehemals besetzten Gebieten angerichtet ist in dem Umfang, in welchem wir ihn im Friedensvertrag übernommen haben, anderseits die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, die nicht zerstört werden darf durch die Forderung auf Schadenerstattung. Gerade deswegen, weil die lebensfähige und fortgängige Prüfung dieser beiden Faktoren ein unabdingliches Erfordernis für eine Verständigung ist, hatte ich im Frühjahr des vergangenen Jahres angeregt, eine solche Verständigung vor der endgültigen Zusammenkunft durch Sachverständige beider Teile in die Wege zu leiten. Ich bedaure es darum, daß die Wege, die zu der Konferenz von Brüssel geführt haben, nicht bis zu Ende weitergegangen worden sind. Darauf ist es auch zurückzuführen, wenn die Londoner Konferenz nicht zu einem Ergebnis geführt hat.

Zweimal haben in Brüssel die Sachverständigen versucht, den großen Problemen der Reparation näherzukommen: einmal waren es die Sachverständigen des Börsenbundes. Ihnen wurde die Arbeit dadurch erschwert, daß Frankreich nicht geneigt war, die Reparationsfrage von ihnen behandeln zu lassen. Das zweite Mal kamen Sachverständige der Alliierten und Sachverständige Deutschlands zusammen und durch sie sind auch eine ganze Anzahl von Auflösungen geschaffen worden. Diese Auflösungen konnten aber nicht zu Ende kommen, weil die Sachverständigen der Alliierten, ehe alle Probleme erörtert waren, und ehe die Verhandlungen der Wirtschaftsleute stattgefunden hatten, zu einem zusammengeführten Bericht an ihre Regierungen gekommen sind. Dieser Bericht ist nicht einmal zu unsern offiziellen Kenntnis gelangt, wir kennen nur Auszüge aus ihm. (Hört, hört!) Bei dieser Behandlung der Lebensfragen der deutschen Wirtschaft hatten wir schon kaum auf ein angemessenes Ergebnis hoffen dürfen. Unter diesen ungünstigen Aufzügen wurden die Vorbereitungen für London unternommen. Diese Vorbereitungen haben sich zunächst erstreckt auf eine sehr eingehende Prüfung der Pariser Beschlüsse. Die Prüfung hat stattgefunden durch die aussonderungsweise Tätigkeit einer großen Anzahl von Sachverständigen. Ich halte es für meine Pflicht, Ihnen den heraldischen und unstrittigenen Stand der Reichsregierung anzusprechen. (Beifall.) Außer der von diesen Sachverständigen ausgearbeiteten Denkschrift, die Ihnen vorliegt, haben wir Ihnen auch noch eine andre Denkschrift vorgelegt, die im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet worden ist und sich hauptsächlich befaßt mit der Beziehung der Sachverständigen der Gegenseite. Die Regierung hatte im Einvernehmen mit den Führern der Parteien nach Kenntnis von den Pariser Beschlüssen das Versprechen gegeben, daß wir nunmehr mit Gegenvorschlägen an die Alliierten herantreten würden.

Das war ein frühes Versprechen. Der Friedensvertrag enthält Bestimmungen, wonach es der deutschen Regierung freistand, innerhalb einer verhältnismäßig kurzen Frist an die Alliierten Gegenvorschläge zu dem Reparationsproblem vorzulegen, über die dann eine Verständigung erzielt werden könnte. Allerdings ist diese Frist längst abgelaufen, sie ist aber, zum Teil ausdrücklich, zum Teil stillschweigend, verlängert worden. Es ist der deutschen Regierung von vielen Seiten, im Auslande wie im Innern, der Vorwurf gemacht worden, daß sie von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat. Demgegenüber darf ich nur auf folgendes hinweisen: Bestimmte Vorschläge der deutschen Reichsregierung in Reparationsdingen waren solange fast unmöglich, solange der Umsatz des deutschen Wirtschaftsgebietes schon in rein territorialer Beziehung so in Frage gestellt war, wie es durch den Friedensvertrag geschehen war. Ich will gar nicht hinzuweisen auf die Verhältnisse im Saargebiet und im Rheinlande, sondern nur auf den Punkt, der uns jetzt besonders am Herzen liegt, die Unsicherheit in Oberschlesien. Was auch gesagt werden mag — Oberschlesien ist und bleibt für Deutschland eine Lebensfrage! (Lebhafte Zustimmung.) In dem Umfang, wie die deutsche Wirtschaft im Friedensvertrag gemindert wird, in demselben Umfang steigert sich die Bedeutung Oberschlesiens für unsere Wirtschaft. Deshalb hat auch Oberschlesien eine ganz überragende Rolle in den Londoner Verhandlungen gespielt.

Dazu kam, daß in demselben Augenblick, wo die Deutsche Regierung sich anstrebt, die Gegenvorschläge zu erwägen, die deutsche Währung in einen Gegensturz hineingerissen wurde. Auch das ist die Ausarbeitung von einseitigen Vorschlägen Deutschlands sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Ein weiterer

Punkt war der, daß für die nächsten Jahre auf Grund des Vertrages des Friedensvertrages der deutsche Handel in den verschiedensten Richtungen gehemmt und gefährdet war. Wenn wir uns nun trocken entschlossen haben, jetzt schon mit Gegenvorschlägen hervorzutreten, so war uns ganz klar, daß wir dabei auch auf politische Gesichtspunkte Rücksicht nehmen müssten. Die Gegner waren darauf verzessen, in möglichst baldiger Frist

### eine Klärung der Reparationsfrage

herbeizuführen. Unter diesen Umständen war es Pflicht der Vertreter des deutschen Volkes, daß wir auch trotz der Schwierigkeiten versuchen, zu klaren Gegenvorschlägen zu kommen. Über die Frage, nach welcher Richtung diese Gegenvorschläge sich bewegen würden, ist natürlich von den Sachverständigen auch nach verschiedenen Richtung gesprochen worden. Ein Sachverständiger hat sämtliche Vorschläge nacheinander rezipiert. Zur kleinen dieser Vorschläge war eine überwältigende Mehrheit der Sachverständigen zu gewinnen; dagegen war eins allerdings klar, daß die große Mehrheit der Sachverständigen die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft für die nächste Zeit sehr gering einschätzte. Keiner der Sachverständigen ist verantwortlich für die Höhe der Gegenvorschläge, die wir noch gemacht haben. (Hört, hört!) Diese Gegenvorschläge sind gemacht worden aus politischen Gründen, allerdings nach Anhörung sehr tüchtiger und erfahrener Männer im Auswärtigen Amt, aber auf Grund der Verantwortlichkeit der Regierung selbst (Hört, hört!), und zwar in leichter Linie auf Grund der Verantwortlichkeit meiner Person. (Hört, hört! und Seht gut!)

Ich werde Ihnen diese Gegenvorschläge so darzustellen haben, wie wir sie unter der Billigung des Kabinetts nach London mitgenommen haben. Wir hatten uns klargemacht, daß wir dabei den doppelten Faktor misspielen lassen müssten: die Schadlosbehaltung der Gegner und die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft. Deshalb sind wir ausgegangen von den festen Forderungen der Konferenz in Paris. Wir hatten genommen den Gesamtwert der festen Annuitäten wieder zurückdiskontieren auf den Gegenwartswert. Diese Operation war unbedingt erforderlich, weil wir die Absicht hatten und sie auch haben müssen, alle diejenigen wirtschaftlichen Leistungen und Werte, die Deutschland bereits abgeschafft hat und die nach dem Friedensvertrag auf die Reparation angerechnet werden durften, auch auf die Pariser Forderungen anzurechnen. (Seht richtig!) Wir mußten diese ganzen auf 30 Jahre auseinandergezogenen Annuitäten wieder zurückdiskontieren auf die Gegenwart. Wir fanden bei dieser Berechnung auf eine Summe, die ziemlich übereinstimmt auch mit den Angaben der gegnerischen Presse. Außerdem halten die Pariser Beschlüsse vor, daß, wenn wir den ganzen Wert der Annuitäten jetzt gleich bezahlen würden, innerhalb der ersten zwei Jahre, daß uns dann die Rückdiskontierung zu 8 Prozent angeboten werden sollte. So fanden wir zu unserm Angebot von rund 50 Milliarden Goldmark, abzüglich der Vorfälle, die den Deutschen ja bereits bekannt waren und die den Betrag von 20 Milliarden Goldmark ausmachten. Wir hatten unmittelbar vor der Abreise nach London die Witterung bekommen, daß namentlich die Reparationskommission eine ganz andre Summe herausgerechnet hatte. Die verschiedenen Summen erreichen kaum die Hälfte der von uns angegebenen Summe das kommt aber von der Anwendung einer ganz anderen Berechnungsmethode der Reparationskommission. Die Reparationskommission riecht sich nach dem Versailler Friedensvertrag, wonach uns eine Anzahl Leistungen gar nicht angerechnet, sondern nur aufgeschrieben wurde.

Es war von vornherein darüber kein Zweifel, daß die 30 Milliarden Goldmark das Neuerste waren, was die deutsche Wirtschaft vertragen konnte. Daneben war auch klar, daß wir diese 30 Milliarden nicht auf einmal auf den Tisch legen könnten. Wir mussten daher auf Mittel rückspringen, soweit davon wie möglich gleich zu schaffen und den Rest zu verzinsen. Nun ist sehr aufzufassen, daß wir bei der Verzinsung nicht mehr von 8, sondern von 5 Prozent sprachen. Einen größeren Zinszak konnten wir nicht anbieten, da er die denkbare Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft überschritten hätte. Wie schaffte man nun die große Summe, auf die die Gegner unbedingt kommen wollten? Auf der einen Seite hatten die Gegner selbst angegeben, daß die deutsche Wirtschaft in der ersten Zeit einer Schonzeit bedürfte. Schon im Versailler Vertrag war diese Schonzeit gekennzeichnet. Ein Ausweg ergab sich in der Internationalen Anleihe. Von der Gegenseite war auch hier in Deutschland ist diese Anleihe als eine Utopie bezeichnet worden, angesichts der großen Geldschwierigkeiten, in der sich fast alle Länder, auch die wirtschaftlich am besten gestellten, befinden. Die Geldknappheit ist aber nicht entstanden aus der Unterbrechung der normalen Handelsbeziehungen, aus dem Rückgang der Wirtschaft, sondern auch wegen der Flucht des Kapitals vor den ungeheuren Steuerlasten in allen Ländern. Deswegen hatten wir gerade diesen Ausweg gewählt, daß eine Anleihe kommen sollte, die Steuerfreiheit genießen sollte. Wir haben nun unsern Vorschlag so ausgebaut, daß wir neben der Anleihe von 8 Milliarden, neben dieser Verzinsung, eine Jahresrate von 1 Milliarde Goldmark für die ersten fünf Jahre bezahlen wollen. Man glaubt wir nicht anbieten zu können. Alle diese Vorschläge gehen davon aus, daß die deutsche Wirtschaft nicht in der Lage ist, auf normalem Wege eine wesentlich höhere Summe herauszubringen als zwischen einer und eineinhalb Milliarden Mark jährlich. Darauf sind unsre Vorschläge abgestimmt gewesen.

Die Delegation hatte von der Berliner Regierung die Weisung erhalten, in wichtigen und entscheidenden Punkten nicht von den Richtlinien abzuweichen, die sie mitbekommen hatte, ohne die vorherige Billigung der Reichsregierung eingeholt zu haben. Wir haben unsern Vorschlag so gemacht, wie er in unserem Weisungsbuch wiedergegeben worden ist. Leider sind durch ein Verschulden der Reichsdruckerei Teile der Rede von Lord George in Teile meiner Rede hineingelangt. (Hörerlekt.) Die Konferenzteilnehmer waren überanstrengt und hatten auch nur wenige Stunden zur Durchsicht zur Verfügung. Ich habe das Material noch weiter ausgestalten wollen, aber daran hindert mich ein Verbot gegenüber der Gegenseite, wonach diese Veröffentlichung nur erfolgen sollte im Falle eines Erfolgs. Da ein Erfolg nicht bestanden war, sind und bleiben diese Tatsachen vertraulich, da wir ein Versprechen gegeben haben, das wir auch halten müssen. Ich weiß allerdings nicht, ob dieselbe Vertraulichkeit auch auf der Gegenseite bewahrt worden ist. In der gegnerischen Presse sind über die Verhandlungen vielfach falsche Meldungen erschienen.

Die Forderungen der Entente haben in Deutschland Entsehung und Entrüstung hervorgerufen. Unser Gegenvorschlag hat aber auf der anderen Seite ebenfalls größte Entrüstung zur Folge gehabt, so daß es mir möglich war, eine ausführliche Begründung zu geben. (Lebhafte Hörer, hört, hört!) Ich habe meine Rede abschließen müssen gegenüber den Zeichen der Erregung auf der Gegenseite. (Lebhafte Hörer, hört und Bewegung.) Von vornherein wurden unsre Vorschläge als undiskutabel angesehen. Die Antwort kam Donnerstag. Lord George hat zunächst die Schulfrage aufgeworfen. Er hat dann die Beleidigung erörtert und nachzuweisen gesucht. • daß in Deutschland zuwenig Steuern gezahlt werden, daß Deutschland durch den Krieg im Gegensatz zu den alliierten Ländern fast gar nicht betroffen worden sei. Darauf hat er das Ultimatum gestellt, das uns in Paris angedroht worden war. Selbstverständlich

wollten wir versuchen, nunmehr in Verhandlungen mit den Gegnern zu kommen. Ich habe infolgedessen von Vermittlungen Gebraucht gemacht, die mir angeboten wurden, und hatte erzielt, daß in den Tagen von Sonnabend und Sonntag zwischen Mitgliedern der beiderseitigen Delegationen eingehende und sehr nachdrückliche Verhandlungen über neue Vorschläge geführt wurden. Bei diesen Verhandlungen hat man zunächst versucht, die Verlängerung der Pariser Frist von 12 auf 30 Jahre herzuverschieben. An sich waren die Gegner dazu geneigt, aber es zeigte sich sehr schnell, daß die Bedingungen, unter denen man eine solche Verlängerung der Pariser Vorschläge erzielen konnte, untragbar waren, denn sie würden zur Folge gehabt haben, daß wir während 30 Jahren jährlich drei Milliarden Goldmark zu zahlen gehabt hätten, und da sich darüber hinaus der variable Faktor so sehr erhöht hätte, daß er dem Gesamtwert der Pariser Forderungen von schätzungsweise 226 Milliarden Goldmark nahekommt. An eine solche Erhöhung des variablen Faktors konnte meiner Ansicht nach von deutscher Seite um so weniger gedacht werden, als wir uns nicht der Notwendigkeit aussehen konnten, für jedes der 30 Jahre drei Milliarden fest zu versprechen, auf die Gefahr hin, daß gleichzeitig ein Anfang ein Zurückbleiben der Ziffer eintrete. Außerdem scheiterte dieser Vorschlag daran, daß alle die Vorschläge, die wir daran knüpften, wegen des freien deutschen Handels, wegen des Ergebnisses der Abstimmung in Oberschlesien von der Gegenseite abgelehnt wurden. Also mit diesem Vorschlag war das Ziel nicht zu erreichen.

Ich habe mir dann besondere Mühe gegeben, den Gesichtspunkt der

Mitwirkung am technischen Wiederaufbau Nordostfrankreichs in den Vordergrund zu rücken. Diesen Gedanken hatte ich in Spa in den Mittelpunkt gestellt. Ich habe auch später während meiner nichtamtlichen Tätigkeit meine Ausmerksamkeit darauf gerichtet, und ich habe auch in London mit Sachleuten über diese Materie verhandelt. Dabei trat uns aber in den Weg, daß die Gegenseite außerordentliche Sorge vor der deutschen Tätigkeit hatte, daß namentlich die Franzosen sich einbildeten, wir wollten den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete so durchführen, daß wir große deutsche Arbeiterkolonien nach Frankreich brächten, die dann jahrelang mit Weib und Kind dort verweilen und allmählich Frankreich mit deutschen Siedlungen besetzen. Davor hatten sie ganz außerordentliche Schen. Dazu kam die Furcht der französischen Unternehmer vor der deutschen Konkurrenz. (Hört, hört!) Die französischen Unternehmer haben große Sorge, daß, wenn sich die Deutschen am Wiederaufbau beteiligen, ihnen Gewinne entgehen würden. (Hört, hört! und unwillige Bewegung.) Aber man mußte natürlich den Gesichtspunkt berücksichtigen. Wir haben es uns dann angelebt, nach Wegen zu suchen, die der deutschen Arbeiterchaft ermöglichen sollten, ihre Tätigkeit für das Reparationsproblem auf deutschem Boden zu gestalten. Dieses Problem habe ich den Gegnern in verdeckten Begegnungen vorgeführt und vielfach festgestellt, daß man ihm Interesse entgegenbrachte. Außerdem hat einer der Delegierten Frankreichs, ein Hauptgegner der Verständigung, diesen Plan als Theorie abtun zu können geglaubt. Er ist nicht Theorie, er ist in Angriff genommen und wird in Kürze in größerem Umfang durchgeführt werden. Die Pläne sind nicht bloß für Frankreich gemacht worden, sondern um unsere eigenen großen Wohnungspläne durchzuführen. Wir werden Frankreich an dem teilnehmen lassen, was wir für uns selbst geplant haben. Dieser Gedanke des Wiederaufbaus muß auch künftig unter uns in den Mittelpunkt der Verständigungsarbeit gestellt werden. Es muß hier mehr und mehr Verständigung erzielt werden über die Methoden und auch über die Arbeitsleistung. Aber auch dieser Vorschlag hat zu einer Einigung nicht geführt, weil wir den Gegnern nicht dasjenige bieten konnten, was sie erwarteten: eine große finanzielle Hilfe.

Es ist völlig ausgeschlossen, daß Deutschland in den ersten fünf Jahren je drei Milliarden Goldmark bezahlt. Auch diesen Vorschlag können und durften wir nur machen, wenn wir eine Anleihe aufnehmen konnten. Aber auch das war bei den Gegnern nicht durchzusetzen. Wir haben es deshalb zuletzt für unsere Pflicht gehalten, auch noch den letzten Versuch zu machen, uns mit den Gegnern auf einem Wege der Verständigung zu begegnen, und haben die Pariser Vorschläge zur Grundlage gemacht. Auf die zwölfprozentige Ausfuhrabgabe konnten wir uns aber nicht einlassen; damit waren wir auf eine unsichere Basis gestellt. Darin lag eine Gefahr. Eine zweite Gefahr lag darin, die Alliierten haben keinen Zweifel gelassen, daß sie nicht gewillt waren, das Risiko einer Anleihe für acht Milliarden Goldmark zu übernehmen. Das ist allerdings auch ein schweres Risiko, bei dem wohl dange Sorge ist, daß der Kredit der Alliierten beschleichen könnte. Nach reiflicher Überlegung, bei der unsere Finanzsachverständigen anstrenglich schlossen, haben wir uns zu diesem Gebot entschlossen. Inzwischen war uns aber von der deutschen Regierung mitgeteilt worden, daß sie erwarteten,

ganz neue Gegenvorschläge vorbereitet. Wir hatten infolgedessen den Auftrag, für diese neuen Gegenvorschläge eine Verlängerung der Konferenz zu beantragen, und gleichzeitig in unserem letzten Gegenvorschlag das Risiko der Anleihe nicht zu übernehmen. Diese Weisung, die wir unmittelbar vor dem Abschluß von Berlin bekamen, sah eine Situation vor, die nicht mehr bestand, nämlich die Situation, als hätten sich die Alliierten über die Übernahme des Anleiherisikos noch nicht ablehnend geäußert. Ich habe infolgedessen die Weisung der deutschen Regierung nicht eingehalten können und habe die schwerwiegende Verantwortung übernommen, in diesem Punkte über die Weisung der Regierung hinauszugehen. Dieses Hinausgehen war taktisch unbedingt geboten, wenn wir überhaupt noch einen positiven Vorschlag bringen wollten. Die Regierung hat mir für diese Überschreitung ihrer Weisungen ihre Zustimmung gegeben. Infolgedessen bin ich hier ermächtigt, vor dem Reichstage zu erklären, daß die Regierung dieses Verhalten der Delegation vor der Londoner Konferenz gebilligt hat. (Beifall.)

Wie hat sich nun die Gegenseite zu unserem letzten sehr schwerwiegenden Vorschlag gestellt? Der Vorschlag ist wiederum nur als ein Hintergehen des Friedensvertrages bezeichnet worden! (Große Bewegung.) Es ist mit vollkommen unverständlich, wie man das sagen konnte, nachdem im Januar solche Vorschläge von der Gegenseite selbst gemacht worden waren. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist uns vorgeworfen worden, daß wir bei diesem letzten Vorschlag keine Minimalverpflichtungen auch für die übrigen 25 Jahre übernommen hätten. Ja, dann wäre es ja kein Provisorium mehr gewesen, und wir hatten doch eben festgestellt, daß wir über das Minimum für die 25 Jahre nicht verhandeln konnten, weil die Gegenseite unsre Leistungsfähigkeit nicht richtig einschätzen konnte. Das eine will ich doch hier sagen: Wenn man in London mit diesen Herren Auge in Auge verkehrt, wenn man vor ihnen hört, wie es bei ihnen aussieht, muß man doch sagen, daß ihre Forderungen nicht bloß das Ergebnis eines Tanzes des Sieges oder der Machtgelüste sind, sondern im Gegenteil, das Ergebnis außerordentlich schwerwiegender Sorgen und Nöte bei der Gegenseite. (Große Unruhe und Widerspruch rechts, Zustimmung links.)

Das letzte, was die Antwort Lord Georges enthielt, war die Ankündigung der Zwangsmahnahmen. Diese Zwangsmahnahmen, gegen die ich im voraus in meiner zweiten Rede vor der Konferenz alles an Gründer ins Feld geführt hatte, was mir

zu Gebote stand, da sie meines Erachtens nicht eine Spur von Recht für sich haben. (Lebhafte Beifall.) Ich habe damals gleich, als die Abwandsmaßnahmen in London angekündigt wurden, mir ein Rechtsgutachten erstatten lassen, das die sogenannten „Sanktionen“ unter die Lupe nahm. Darüber hinaus habe ich veranlaßt, daß von der Rechtsabteilung meines Amtes ein erweitertes Rechtsurteil erstattet wurde. Die Hauptgrundsägen, die uns gezeigt haben, finden Sie aber bereits in dem ersten Gutachten. Die Sanktionen, die sich auf eine Belebung weiteren deutschen Gebiets beziehen, sind in dem Friedensvertrag überhaupt nicht enthalten, es gibt dort nur wirtschaftliche Repressionen in der Reparationsfrage, und es gibt gewisse Verlängerungen und Genehmigungen der Belebung der bereits bestimten Gebiete, wenn wir unsere Verpflichtungen nicht erfüllen, oder wenn wir unsere Gegner mit einem neuen Angriffskrieg bedrohen. Keine dieser Voranschreibungen liegt vor. Ich wiederhole hier den Protest, den ich in London erhoben habe, vor der deutschen Delegation und vor der ganzen Welt (Lebhafte Beifall) und stelle fest, daß von den Juristen, die nach Zeitungsmeldungen bei der Londoner Konferenz von unseren Gegnern gehört worden sein sollen, auch nicht ein einziger eine Enthüllung unserer Datenelegungen versucht hat. (Lebhafte Röhr, hört!)

Welche Haltung hat nun die Regierung in Zukunft einzunehmen? Wer sich in der Welt umsieht, der sieht, wie allgemein die Meinung in der Welt ist, daß Deutschland im Unrecht sei. Wenn wir jetzt zu schweren Maßregeln übergehen würden, würde man in dieser ungünstigen Meinung nur verstärkt werden. (Sehr richtig!) Wir könnten auch etwas anderes tun, wie könnten sagen: Die Gegner haben den Friedensvertrag zerrissen, er gilt auch für uns nicht mehr. Auch das wäre falsch. Es ist nicht recht, daß, wenn unsre Vertragsgegner den Vertrag nicht erfüllen, wir auch unsseitens uns losreißen. Man soll nicht böse mit bösem vertreten. (Widerspruch rechts. — Zustimmung links.) In einem Vertragsverhältnis soll man das nicht tun, denn da kann man den Gegner anhalten, seine Röhr zu erfüllen. (Erneute Urtheile.) Wir sind bereit, den Friedensvertrag von Verfaßtes zu erfüllen, aber nicht mehr! Nach Überzeugung der Regierung müssen wir freilich alles tun, was wir tun können, um neue Mittel und Wege zu finden zu Gegenvorwürfen auf der Basis des Möglichen. Das sind Erwägungen, die wir nach wie vor anstellen. Aber in dem Augenblick, wo man uns eine solche Ohrfeige gibt, gleich wieder die Hand hinstreckt und sagt: „Wir wollen wieder Freunde sein!“ ist nicht angängig. (Anstimmung.)

Die Alliierten behandeln die deutsche Wirtschaft wie eine Uhr, die ihnen nicht schnell genug geht. Sie wollen ihren Gang beschleunigen, aber nicht dadurch, daß sie die Hindernisse und den Staub beseitigen und sie schmoren, sondern dadurch, daß sie wichtige Bestandteile und Nöder heraunehmen. (Sehr gut!) Das wird sich bald als eine finanzielle Utopie herausstellen. (Zustimmung.) In dem Mittelpunkt seiner Ausführungen hat nun aber Lord George die Frage der Verantwortung, der Schuld, gestellt. Wer von uns Überschreitung fordert und sagt: Ich trete das deswegen, weil Du ganz allein verantwortlich bist für alles, was wir leiden, und weil Du allein dafür sorgen mußt, daß diese Leidenschaft aus der Welt geschafft werden, der zwingt uns zu dem Beweis, daß seine Voranschreibung falsch ist. (Beifall.) Wir haben zwar unterschrieben, daß Deutschland Schuld am Kriege ist, aber es ist nicht so, und es ist wohl kein Mann und keine Frau in diesem Saale, die glauben, daß Deutschland der einzige Schuldige ist. Über die Beteiligung Deutschlands an der Schuld läßt sich streiten, aber das ist unrichtig, daß Deutschland zum Weltverantwortlichen zu machen, das muß die Welt doch allmählich lernen. Diese Frage müssen wir leidenschaftlos und mit voller Tiefe zur Wahrheit alle zu klären suchen. Wenn wir dabei verschiedene Wege gehen, schadet das nichts, wenn nur jeder dazu beiträgt. Die Geschichte ist immerfort an der Arbeit, und sie wird endlich die Wahrheit zum Siege bringen. Als Führer der deutschen Delegation erwarte und verlange ich nicht von Ihnen, daß Sie jedes Schrift der Delegation in London blättern, aber für einen bürgerlich — auch im Namen der Regierung — einer ausdrücklichen klaren Erklärung dieses hohen Hauses, daß Sie den endgültigen Entschluß der deutschen Delegation, nämlich die Ablehnung der alliierten Forderungen durch uns, durch Ihre Zustimmung bestehen. Sonst ist es allerdings richtiger, daß Sie jemand anders suchen, der tünftig Ihre Verhandlungen mit der Gegenseite führt. In Verhandlungen wird es ja einmal kommen müssen, und dann dürfen Sie nur von einer Regierung, einem Außenminister geführt werden, der Ihr Vertrauen hat. (Lebhafte Beifall. Händeschütteln auf den Tribünen.)

### Die Aussprache.

Abs. Trimborn (Centr.): Im Namen der Fraktion des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Bonnischen Volkspartei, sowie des Bonnischen Bauernbundes und der Deutsh-Hannoveraner habe ich folgende

#### Eklärung

abzugeben: Die von unsren Gegnern in Paris aufgestellten Forderungen sind für uns unerfüllbar und daher unannehmbare. Das deutsche Volk ist entschlossen, seine ganze Kraft anzuwenden, um vertragsmäßig übernommene Forderungen innerhalb des Rahmens seiner Leistungsfähigkeit zu erfüllen; weder die heutige, noch irgend eine andre deutsche Regierung kann aber Verpflichtungen übernehmen, welche diese Leistungsfähigkeit übersteigen. (Lebhafte Zustimmung.) Sie muß dies ablehnen für die Gegenwart und sie muß es ablehnen mit Rücksicht auf die Sorge für künftige Geschlechter.

Die Forderung mahlender Entzäudigungsummen hindert die Herbeiführung eines endgültigen Friedenszustandes, den nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt bracht, wenn nicht Weltwirtschaft und Weltfinanzen völliger Zerstörung anheimfallen sollen. Wenn Frankreich glaubt, daß deutsche Schuldbeschreibungen ihm die Möglichkeit geben würden, seine eigenen Finanzen zu besseren Vergiß es doch, daß eine deutsche Schuldbeschreibung sich nur selten auf das Weltvertrauen in die deutsche Wirtschaft eröffnet und daß man nicht gleichzeitig die deutsche Leistungsfähigkeit zerstören und trotzdem unerhörte Verpflichtungen aus Deutschland herauspressen kann. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen deshalb durchaus, daß die deutsche Delegation unter Führung des Außenministers Dr. Simons bei den Verhandlungen in London eine Zustimmung zu den Pariser Beschlüssen abgeschaut und den Abbruch der Verhandlungen hingenommen hat; wenn sie gleichzeitig fest, daß durch den Abbruch der Verhandlungen seitens der Gegner die bisherigen Angebote Deutschlands hinfällig geworden sind. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Gegner haben die Ablehnung des verhüteten Diktats mit Strafmaßnahmen gegen Deutschland beantwortet, welche die Belebung deutscher Städte, die Errichtung einer neuen Polizei innerhalb des deutschen Gebiets und die Einziehung eines Teiles des Wertes deutscher Ausfuhr in sich beinhaltet. Das Vorzeichen der Gegner ist eine Verleihung des Friedensvertrages, eine Verleihung des Völkerrechts und eine Verleihung der Völkerfreiheit. Vor der ganzen Welt erheben wir feierlich Einspruch gegen einen verdeckten Rechtsbruch. (Lebhafte Beifall.)

Wir sind überzeugt, daß die Strafmaßnahmen an ihrer Unwidruflichkeit scheitern werden. Unsre Gegner vergessen, daß die Weltwirtschaft ein Goures ist und daß die Weltkrise, die im Gefolge einer voreinheitsjährigen Störung der Friedensarbeit eintrat, nur durch einen verständigen Ausgleich zwischen den großen Wirtschaftsspitzen so lösbar werden kann. Den wiederholten Versuch des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George, das deutsche Volk mit der alleinigen Verantwortlichkeit für den Krieg zu beladen, lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. (Zustimmung.)

Abs. Wels (Soz.): Ich kann nicht umhin meiner starken Verwunderung über einige Sätze der Rede des Abs. Trimborn Ausdruck zu geben. Vor allem muß doch jede Gelegenheit zur Wiederaufnahme der Verhandlungen benutzt werden. Die Sozialdemokraten sind ganz anderer Auffassung über die Beurteilung der

Kriegsschuld. Hätte der Außenminister, so, wie es heute geschehen ist, Lloyd George mit seinen eigenen Worten über die Anfänge des Krieges geschlagen, so wäre er in England im üblichen Terminologie nähergekommen. Der tiefste Ursprung des Krieges ist das kapitalistische System. Wie stehen aber heute vor der Bevölkerung Europas: Deutschland und Europa sollen in neuem Eblend gezeigt werden. (Lebhafte Zustimmung links.) Wen trifft diesmal die Schuld? Mit ruhigem Gewissen können wir sagen: Uns nicht! (Lebhafte Beifall.) Die Gegner haben die Verhandlungen abgebrochen. Das deutsche Volk ist gewillt, alles, was in seinen Kräften steht, zur Wiedergutmachung an tun. Der Abbruch ist aller Wahrscheinlichkeit nach von den Gegnern beabsichtigt worden. Ich brauche da nur an die Schilderung des Kabinetts Brünn zu erinnern, ohne noch deutlicher werden zu müssen. Angesichts dieser Wirklichkeit hätten unsre Angebote klar und planvoller sein müssen. Der Wiederaufbau Nordostdeutschlands müßte zum Kernstück unserer Wiedergutmachung gemacht werden. Wegen des Aufgebots eines Provisoriums an sich erheben wir noch keinen Vorwurf gegen die Delegation; wir bedauern aber, daß die finanzielle Seite auf Kosten des Wiederaufbauprogramms so in den Vordergrund gerückt worden ist. Der Gedanke des Wiederaufbaus ist immer als Nebenschicksal, als Anhänger des Reparationsfrage behandelt worden. Auf derselben Seite steht auch die Behandlung der Entwaffnungfrage. Deutschlands Zukunft liegt auf wirtschaftlichem Gebiet. Wir müssen verhandeln, müssen sehen, zu einem Abkommen zu gelangen. Die Gefahren der Sanktionen dürfen nicht unterschiedlich eingeschätzt werden, je nach der Entfernung von der feindlichen Front. Die Wiedergutmachung durch die Zollgrenze muß für das Rheinland eine fast totale Wirkung haben, vor allem eine riesige Arbeitslosigkeit. Die Wiedergutmachung des Rheinlands liegt durchaus auf der Linie der französischen Politik. Auch Süddeutschland will man mürde machen, um es auf immer vom Deutschen Reich zu trennen. Die deutsche Arbeiterschaft wird demgegenüber das Element des Zusammenhalts des Reiches bilden.

Abs. Groß-Wetzlar (Dtsl.): Die neue Bekämpfung deutschen Gebiets ist ein Bruch des Völkerrechts und des Verfaßter Vertrages. Ich denke den Außenminister nicht, daß er dem Feind einen Friedensvertrag erteilt für jeden Angriff auf deutsches Gebiet. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wir halten des volle Recht, die Vorschläge der Gegner anzunehmen oder abzulehnen. Trotzdem haben die Gegner Strafmaßnahmen ergripen. Das ist der Teststand des § 23 StrGB: Erpressung! Nach unserer Auffassung trat der Verfaßter Vertrag in Kraft, nach ihm war unsre Schuld festgestellt. Wir haben den Vertrag bloß erfüllt. Wir billigen es ja, daß die Delegation die Pariser Forderungen abgelehnt hat. Dieses endlich einmal gesetzte Recht hat lebhaften Widerhall in der Bevölkerung gefunden. Nun ist alles hinfällig geworden, was unsre Unterhändler in London angeboten haben. (Sehr richtig! rechts.) Wir kunnen dem Antrag der Koalitionsparteien zu, das soll aber kein Vertratenovotum für den Außenminister sein. Wie glauben, daß nur dann vereinbare Verhandlungen möglich sind, wenn vorher die Aufhebung der Gewaltmaßnahmen sichergestellt ist. Dazu fordern wir, daß auch die Regierung ganz anders und entschiedener als bisher Stellung nimmt gegen die Belastung Deutschlands mit der Schuld am Kriege. (Sehr richtig!) Der Reichsanziger Bauer hat am 23. Juni endgültig erklärt, die Regierung habe ihrem Volke ein erprobtes, unwahres Schuldbekenntnis erwartet wollen. Es hat den moralischen Vorbehalt, den moralischen Protest gegen dieses erzwungene Schuldbekenntnis ausgeprochen. Dieser Protest muß ganz anders hineingehämmert werden, in das Bewußtsein der ganzen Welt als bisher, daß Deutschland nicht die Schuld am Kriege trägt. Nein, die moralische Schuld, die Schuld der Urheberschaft des Krieges trägt Deutschland überhaupt nicht. Auf diplomatischem Gebiete mag eine gewisse Ungleichheit bestehen, das ist vielleicht vorliegen. Wir verlangen von der Regierung, daß die Propaganda in dieser Sinne sehr ganz anders aufgenommen wird. (Beifall.)

Bernichtet und verschlagen ist die alte Kraft des deutschen Volkes noch nicht. Wir haben noch unrechte, solange wir wollen solange wie sie nicht selbst aufgeben. Wir haben den festen Willen festzuhalten an dem Gedanken der Belebung des Verfaßter Vertrags, wir haben vor allem die Hoffnung auf die Geschlossenheit des deutschen Volkes, und ich habe die Hoffnung, daß dieser Wille sich durchsetzen wird in der furchtbaren Not dieser Tage. In der Abwehr, in dem Tragen dieser Not gehört der Deutsche zum Deutschen, und da steht der Deutsche zum Deutschen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Inzwischen ist ein Antrag der Koalitionsparteien, der bairischen Volkspartei, des bairischen Bauernbundes und der Deutsch-Hannoveraner, ißpenden Wortlauts eingegangen: „Der Reichstag billigt, daß die Reichsregierung trotz der in London angedrohten und jetzt vollzogenen Gewaltmaßnahmen der Entente bei der Ablehnung der unerfüllbaren Forderungen verharre.“

Abs. Dr. Breithaupt und Genossen (USP.): „Der Reichstag missbilligt, daß die Regierung durch ungenügende Durchführung des Friedensvertrages von Verfaßtes, insbesondere durch Nichtentwaffnung des Konservativen, sowie durch mangelhafte Vorbereitung und Führung der Verhandlungen in London der Entente Vorwände für die Gestaltung unerfüllbarer Forderungen und für die als „Sanktionen“ bezeichneten Gewaltmaßnahmen geliefert und damit zum Scheitern der Verhandlungen beigetragen hat. Der Reichstag spricht jedoch die Erwartung aus, daß die Regierung jede brauchbare Gelegenheit zur Wiederöffnung der Ausgleichsverhandlungen mit der Entente ergreifen wird.“

#### Die Redner der USP.

Abs. Dr. Breithaupt: Es wird sehr viel zur Erhöhung der Würde und der Verhandlungen beitragen, wenn die Herren von rechts den Saal verlassen. (Die Rechte war bei Beginn der Ausführungen des Genossen Breithaupt gesäßlich.) Ich glaube, es würde auch sehr viel zur Besserung unsrer Verhältnisse zum Ausland beitragen, wenn die Herren von rechts es vorziehen würden, diesen Saal überhaupt nicht wieder zu betreten. (Sehr richtig! bei den U. Soz. — Lachen rechts.)

Als wir uns vor acht Tagen hier in diesem Saal über die Londoner Verhandlungen unterhielten, da stand noch eine gewisse Hoffnung einer Verständigung. Diese Hoffnung war außerordentlich gering, da die ersten Verhandlungstage bewiesen hatten wie weit noch allen mathematischen Kunststücken, die in der Presse gemacht worden sind, die beiden Kontrahenten voneinander entfernt waren, und da weiter die Verhandlungen in einer Weise eingesetzt worden waren, die kein gutes Ende versprachen. jedenfalls ließen wir heute nach der Rückkehr des Herrn Simons aus London nach dem Scheitern der Verhandlungen

#### vor einem Berg von Scherben.

Die Sanktionen sind in Kraft getreten. Ich betone ausdrücklich — und in der Resolution die eine so lebhafte Erstrettung bei den Herren von den Rechten ausgelöst hat, steht es edenhäls — daß wir diese Sanktionen nicht als Ausdruck irgendeines Rechtsadventismus, sondern als Rücksicht der Gewalt betrachten. Wir halten diese Sanktionen nicht mit dem Friedensvertrag für vereinbar. Wir sehen darin einen Rechtsbruch, eine Gewalttätigkeit der herrschenden Mächte in der Entente. Wir sind auch weiter mit den anderen Parteien darin einverstanden, wenn wir der Hoffnung und der Überzeugung Ausdruck geben, daß durch solche Maßregeln die gesetzliche Rechtfertigung sich nie und nimmer dazu veranlaßt sehen wird, gewissen Wünschen gewisser französischer Politiker Rechnung zu tragen.

Wir stehen also vor einem Berg von Scherben. Und nun gibt es Leute in Deutschland, in Berlin und anderswo, deren politisches Verständnis so wenig entwickelt ist, daß sie über das negative Resultat von London sogar in Begierde zu geraten vermögen. Man hat Dr. Simons aus seiner Reihe und in Berlin Huldigungen dargebracht. Wenn etwas den vollständigen Mangel an politischem Sinn im deutschen Bürgerkum beweisen könnte, so waren es diese Ovationen. Wäre die Situation nicht so überaus ernst, so könnte sie zu einem befremdenden Lachen reizen. Es ist doch nicht so, wie es bei der Begrüßung des Herrn Simons bis-

daher der erste gewesen ist, der in London ein Recht gesprochen hat. Er ist ja zuletzt zu einem außerordentlich weiten Entgegenkommen bereit gewesen, und das Recht ist dann nicht von ihm, sondern von der Entente gesprochen worden. Und nun wird ihm schließlich von denselben Kreisen, deren politische Führer diesen Minister des Auswärtigen angreifen, weil sein Recht in London nicht deutlich genug gewesen ist. Hier scheint in der nationalsozialistischen Regie etwas nicht geklappt zu haben. (Sehr gut! bei den U. Soz.)

Sehen wir nun von den engstirnigen Politikern ab, die über den Abbruch der Verhandlungen in London Freude empfinden und die intellektuell ungefähre auf der Höhe derjenigen Personen stehen, die während der Kriegsjahre über jeden Feind, den sich Deutschland erwarb, in Jubelrufe ausbrachen (Sehr gut! bei den U. Soz.), so wird bei den ersten Menschen ja leicht die Frage erörtert, wie alles hat so kommen können, wie die Schuld trägt oder was die Schuld trägt an diesem Scheitern der Versuche, mit der Entente zu einer Verständigung zu gelangen. Ich habe darüber, soweit man damals ein Urteil fällen konnte, wie die Herren sich erinnern werden, bereits am vorigen Sonnabend gesprochen. In diesem Zusammenhang ist doch wieder einmal zu fragen, was denn seit San Remo und seit Spa, d. h. also seit dem Moment, wo man doch wissen müßte, daß die Reparationsfrage in absehbarer Zeit auf die Tagesordnung kommen würde, von der deutschen Regierung geschehen ist, um den Plan einer solchen Reparation ihrerseits aufzustellen. Echt als ihr Feuer auf den Ängeln gebrannt hat, erst als man einige Wochen vor der entscheidenden Konferenz von London stand, wurden die Sachverständigen zu einer Konferenz zusammengetrommelt. Und diese Sachverständigen sind zu einer Einigung gekommen. (Sehr gut! standen.) Und der Herr Minister hat es uns heute wieder erklärt — sind zu einer Reihe Ergebnisse gekommen. Da die große Sachverständigenkonferenz zu keiner Einigung kam, wurde eine kleine Sachverständigenkonferenz zusammengetrommelt, und schließlich hat man so etwas, was wie eine Einigung aussah, erzielen können. Daß diese Sachverständigen sich außerordentlich schwer einigen, liegt auf der Hand. Auch bei ihnen gibt es gewisse Interessengegensätze, auch bei ihnen, und gerade bei ihnen ist der Wunsch am lebendigsten, möglichst wenig oder gar nichts zu zahlen, trotz aller Verpflichtungen, die wir übernommen haben. Daß sie nicht zu einem Ergebnis gekommen sind, das muß darüber als ein Zeichen des schlechten Willens, in einem Ergebnis zu kommen, aufgefaßt und ausgetestet werden. (Widerspruch rechts.) Ich für meine Person bin der Überzeugung, daß es an diesem guten Willen in den Sachverständigenkreisen sehr stark fehlt.

Wir beteiligen uns nicht an den mehr oder weniger kleinen Verhandlungen, die Bissens gegeneinander auszuspielen. Wie gehen mit unsrer Kraft von einer ganz andern Basis aus. Herr Simons hat sich im Ausschuß dagegen gewehrt, daß er etwa als der „Junge Mann des Herrn Simons“ angeprochen werden könne. Wenn ich das auch glaube, so habe ich doch den Eindruck, als ob Herr Simons in London das Bild des Herrn Simons immer ein wenig vorge schwobt habe. Ich habe den Eindruck, daß er immer in dem Gedanken gehandelt hat, ob Herr Simons darüber auch nicht allzu böse werden wird? Daß er immer in dem Gedanken gehandelt hat: ob die Schichten, die Herr Simons repräsentiert, ihre Misstrauen gegen ihn nach den Londoner Verhandlungen auch nicht allzu deutlich zum Ausdruck bringen werden. (Sehr gut! bei den U. Soz.) Der Eindruck ließ sich absolut nicht abwehren, daß Herr Simons statt in Berlin auswärtige Politik in London innerdeutsche Politik getrieben hat, natürlich neben der angewandten Jurisprudenz. Er hatte, als er nach London kam, von dem Botschafter Schamer und seinen Beamten gehört, daß Lloyd George zu Vermittlungen bereit sei — und diese Aussage war in der Tat ganz richtig. Aber es schaute mir, als ob der Vertreter Deutschlands in London, als ob der Konsul der deutschen Delegation die politischen Gesichtspunkte, die in diesen Moment mit hinzuwirken und hineinspielen mußten, nicht genügend berücksichtigt habe. Er hat möglichst wenig getan, damit die Vermittlungsaktion des Herrn Lloyd George möglichst vielen Spielraum habe. Aber er hat nicht überlegt, daß bei aller Bereitwilligkeit zum Entgegenkommen, wenn sie auf der Seite von Lloyd George vorhanden gewesen wäre, nicht zu erwarten war, daß dieser Frankreich in dieser Situation im Sicheren loslassen werde.

Nun kommt Herr Simons gegenüber der Summe von 225 Milliarden seinerseits mit der Summe von 50 Milliarden Mark, von denen er sofort 20 Milliarden als bereits geleistet in Abzug bringt. Er wird sich darauf berufen, daß in den schriftlichen Verhandlungen die 50 Milliarden in den Hintergrund gestellt sind, in den militärischen Ausführungen des Herrn Simons ist aber deutlich zum Ausdruck gebracht: wir wollen 50 Milliarden zahlen; nach unserer Überzeugung werden 20 Milliarden davon abgezogen, bleiben 30 Milliarden. Und ganz nebstens wird einmal ange deutet: an 50 können man sich über die 20 Milliarden verständigen. Das war unpsychologisch in allerhöchstem Maße. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) In dieser ersten Rede wurde von Herrn Simons nichts von einem Provisorium gesagt, nichts von einem Besserungsschein, der der Entente einen Anteil an den etwa abgesetzten Verhältnissen in Deutschland gewährt hätte und von dem hier in Berlin die Rechte gewesen ist. Es wurde nicht gesagt von einem Erfolg für die von der Entente gesuchte zwölfsprozentige Exportabgabe, es wurden keine Vorstöße über ein Ander für die etwa wachsenden Leistungsfähigkeiten Deutschlands gemacht, und was mit noch immer das Schlimmste zu sein scheint: es wurde keinerlei positives Programm und keinerlei betonte Bereitwilligkeit zur Anteilnahme an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ausgesprochen. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) — Zuruf bei der D. Wp.: Nicht richtig! Herr Minister Simons und seine Geheimräte haben in London als eine juristisch finanzielle Angelegenheit betrachtet, was in hohem Maße eine politische Angelegenheit war. Nach unserer Überzeugung war in London nicht der Gedanke der Unmöglichkeit der Pariser Forderungen, sondern der andere: wie läßt sich die Vermittlungsaaktion von Lloyd George am besten für Deutschland nutzbar machen? Woran es für uns bei der gegenwärtigen Lage ankommt, ist, daß die Augenblidsgegenwart, die Augenblidsnot von uns abgewendet wird und, wenn es möglich gewesen wäre, durch Festlegung eines Provisoriums diese Sanktionen zunächst über das Thema hinauszubringen und dafür zu sorgen, daß in fünf Jahren

wird? Können sich nicht die Verhältnisse in England und Frankreich innerhalb dieser fünf Jahre in einer Weise geändert haben, daß wir dann mit ganz anderen Bedingungen für die Zukunft rechnen dürfen? Wirken wir, ob nicht in fünf Jahren in England eine Regierung haben, gebildet insinetwegen aus den unabhängigen Liberalen und aus Vertretern der Arbeiterpartei, wissen Sie, wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in fünf Jahren in England und Frankreich entwidelt haben? Ist es nicht möglich, daß das, was sich jetzt anbahnt und was am Horizont aufbäumt, der Zusammenbruch auch des englischen und französischen Kapitalismus (Lachen bei der D. Wp.) dazu beiträgt, daß in dieser Zeit andere Gewalten sich am Ruder befinden, mit denen sich dann über einen wirklichen und dauerhaften Frieden verhandeln läßt? (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Deshalb müßte unsere Politik dahlungen, über die nächste Zeit hinwegzukommen und die großen Bissens, von denen man drüben redet, als eine Angelegenheit von einigermaßen ungewöhnlicher Bedeutung zunächst zu behandeln. (Zuruf bei der D. Wp.: Politik auf kurze Sicht!) Ja wohl, wir sind in Deutschland in einer Situation, in der wir Politik auf Menschenalter hinaus nicht treiben können, wir haben die Aufgabe, in erster Linie Gegenwartspolitik zu treiben mit dem Ausblick natürlich auf die Zukunft.

Nun war Lloyd George in dieser Rede so gut wie in seiner ersten, die große Frage nach der Schuld am Kriege auf. Er stellte die Dinge so dar, daß das, was man von Deutschland forderte, die Folge deiner sei, daß die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg als grundlegend betrachtet werde. Zu diesem Punkt muß einiges gezeigt werden. Ich schaute das dringende Etlichen voraus, doch endlich mit der Zerstörung der öffentlichen Meinung aufzuhören. Als ob wir oder auch als ob Lloyd George von einer Schuld da-

deutschen Volkes an diesem Rechte gesprochen hätten. Vlond George hat von der Schuld des deutschen Volkes, von der heute immer im abnehmenden Sinne die Rede ist, kein Wort gesagt. Er hat lediglich die Kaiserlich-deutsche Regierung verantwortlich gemacht für die Herausforderung zum Kriege. Das ist etwas wesentlich anderes. Wie kam Vlond George dazu, diesen Punkt so besonders zu unterscheiden? In der Haupstrophe deshalb, weil Dr. Simons in Stuttgart diese Frage der deutschen Kriegsschuld erneut aufgeworfen haben. Nun, Sie haben das Spiel mit der Schuldfrage angeknüpft. Nun, Sie sich nicht, wenn wir unsere Berechtigung haben, als Gegenpieler aufzutreten. (Zuruf von der D. Soz.: Als Deutscher!) Wir erklären als Deutsche, Herr Dr. Rieger, dass auch wir überzeugt sind, dass der letzte Grund dieses Krieges und aller gegenwärtigen Kriege in dem durch das Finanzkapital herausgeworfenen Imperialismus und den imperialistischen Gegenseitigkeiten liegt. Wir erklären als Deutsche anderseits aber auch, dass nichts falscher ist, als wenn Herr Graf Westarp sich hierherstellt und erklärt, Deutschland trifft überhaupt keine moralische Schuld an dem Ausbruch des Krieges. (Sehr richtig rechts.) Wir sagen nicht: Deutschland, die mährenden Stellen des damaligen Deutschlands tragen die einzige Schuld; aber wir wiederholen auch in dieser Stunde: Deutschland, die mährenden Stellen des Kaiserlichen Deutschlands tragen ein vollgültiges Mahn von Schuld und sie tragen die Verantwortung zum mindesten einmal dafür, dass der Krieg im August 1914 zum Ausbruch gekommen ist. (Unruhe und Zurufe rechts.) Wollen Sie, dass wir noch einmal auf Einzelheiten eingehen, wir sind bereit. (Rufe rechts: Wir auch!) So empfehle ich Ihnen dringend, lesen Sie doch einmal endlich und studieren Sie mit Elfer und ohne Vorurteil die Akten, die aus dem Auswärtigen Amt veröffentlicht worden sind. Wollen Sie die Akten des Auswärtigen Amtes, lesen Sie doch die Randnoten Ihres verehrten Kaisers Wilhelm, der in dieser schweren Zeit in der schauderlichsten, in der gemeingefährlichsten Weise sich über internationale Verhältnisse Gedanken gemacht hat. (Sehr richtig! bei den U. Soz. — Zurufe rechts.) Ich sage Ihnen, dass es nicht allein auf die letzten 24 Stunden vor der Kriegserklärung ankommt, wenn man von der moralischen Schuld am Kriege spricht, sondern dass es ankommt auf die Monate, auf die Jahre, auf die Jahrzehnte, die vorangegangen sind. Die Geschichte hat nicht am 1. August 1914 begonnen. Die Geschichte der neuen Zeit, die Vorgeschichte dieses Krieges hat begonnen mit der Annexion von Elsaß-Lothringen (Rachen und Unruhe rechts.), hat begonnen mit dem Moment, wo eine Politik betrieben wurde, die es verhindern musste, dass die Rüstungswahlkampf in Europa eingeschränkt wurde, begonnen mit dem Moment, wo durch die Annexion von Elsaß-Lothringen Rußland zum Schiedsrichter gemacht wurde, vor dem nun abwechselnd Deutschland und Frankreich um Gunst buhlen mussten, hat damit begonnen, dass man dieses Rußland zum Schiedsrichter machte in dem Augenblick, wo man sich zum Vorspann der pan-slavistischen Ideen machen musste, um dieses Rußland tatsächlich von seiner Revanchepolitik fernzuhalten, wurde dann fortgesetzt damit, dass wir genötigt waren, schließlich auf Österreich zu setzen und damit Rußland von vornherein zum scharfen Gegner, zum Bundesgenossen jedes Feindes Deutschlands gemacht. Sie ist fortgeführt worden mit der Politik, die für einige Zeiten den Namen Wilhelms II. trägt, sie ist fortgeführt worden mit den Flottenrüstungen, die von England als gegen sich gerichtet angesehen werden mussten, sie ist fortgeführt mit den Abenteuern des Finanzkapitals an der Bagdadbahn, in Kleinasien und an anderen Stellen. (Sehr wahre b. d. U. Soz.)

Sprechen Sie über die moralische Schuld am Kriege, so rollen Sie das Problem des deutschen Militarismus und des deutschen Kapitalismus auf. Dort ist die Wurzel der moralischen Schuld und wir unsere haben für diese Klassifizierung keine Angst vor dem Urteil der Geschichte.

Was soll nun überhaupt von der deutschen Regierung aus in Zukunft geschehen? Es genügt nicht, dass wir über die Verfehlungen des Vergangenen sprechen, wichtiger ist die Frage, was in Zukunft geschehen muss und gefordert werden kann. Herr Graf Westarp hat ja der Regierung Vorschläge gemacht, oder soll ich sagen, Anregungen gegeben. Auf der äußersten Linken wird man ja auch jeden Tag zu Taten aufgefordert, ohne dass uns erzählt wird, wie die Taten aussehen. Sie berühren sich in dieser Beziehung mit dem Grafen Westarp, der drohend von Taten redet, aber doch nicht den leichten Mut besitzt, uns diese Taten näher zu kennzeichnen. Ich wurde bei der Rede des Grafen Westarp ein wenig an den bekannten Spottvers erinnert: „Er zog den Dolch wohl drei Fuß aus der Scheide, besch die Spieß' und stieß' ihn wieder ein.“ (Große Heiterkeit, links.) Sagen Sie, meine Herren, was Sie für Taten zu tun gedenken? Wollen Sie die diplomatischen Beziehungen abbrechen? Sprechen Sie es doch aus, weshalb so bestreiten, weshalb so zurückhalten? Glauben Sie an die Möglichkeit eines Krieges in absehbarer Zeit? Er wird nicht von den Leuten geführt, die dafür nichts andres mitbringen, als auf ihrem Gesicht den „eingefrorenen preußischen Dünkel“. (Zuruf rechts.) — Ich habe Sie nicht einmal gemailt, Herr Helfrich. — Er wird von denen geführt, die im Arbeitsleben stehen und deren Sie nicht ertragen können, wenn die Herren für ihre Heldenataten in der Etappe Statisten draußen im Schilfgraben haben wollen. Haben Sie, wenn Sie Krieg führen wollen, die Macht dazu? Haben Sie die Kraft, der Entente gegenüber aufzutreten? Wo sind Ihre Waffen, mit denen Sie Krieg führen wollen? Ich wiederhole, was ich das letzte Mal gesagt habe: Was in Ihren Augen vor sechs Jahren ein Heldenstück war, ist heute eine Komödie, das Spiel von miserablen Komödianten. Die Frage ist nur die, wer kann nun seinerseits die Verhandlungen, die Sie ja alle so über sich haben wollen, in der Zukunft führen? Die Frage ist zunächst einmal: was können wir bieten? Da betone ich in erster Linie, dass wir immer wieder und mit allem Nachdruck unsre unmittelbarste Beteiligung an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich und Belgien zu bieten haben. Nun erinnere ich daran, dass dieser Tage die

Confederation Generale du Travail, die französischen Gewerkschaften, einen Beschluss gefasst haben, dass dieser Wiederaufbau in Nordfrankreich nur möglich ist durch ein Abkommen zwischen deutschen und französischen Arbeitern zur gemeinsamen Wiederaufstellung der Kriegstruppen. Die Arbeiter haben Sie also unter allen Umständen nötig. Ich möchte bitten, diesen Satz im Auge zu behalten. Das zweite, was wir anstreben können, ist, dass wir dafür sorgen, dass die Vermittlungsbüros Vlond Georges, deren Grenze und Tendenz ich vorhin charakterisiert habe, Deutschland dadurch nutzbar gemacht werden, dass wir den Hauptton darauf legen, über die nächsten Jahre hinwegzutun.

Aber nun kommt die große Frage: Wer führt diese Verhandlungen? Wer kann sie mit Aussicht auf Erfolg führen? Ich frage zunächst: Hat diese Regierung im Lande, in diesem Parlamente noch das nötige Vertrauen? Wenn Sie glaubt, das Vertrauen zu besitzen, lo muß ich schon sagen, ich bewundere und bedenke Sie um Ihre Bescheidenheit. Heute ist ja hier im Plenum wesentlich milder geredet worden als gestern und vorgestern im Ausschuss. Wenn man einer Regierung sagt: Ihr habt keine Idioten. Ihr habt keine Führung, dann bedeutet das, wir haben kein Vertrauen zu dieser Regierung (Sehr richtig! bei den U. Soz.), dann bedeutet das in einem parlamentarischen Lande, die Regierung muss bestimmt werden, um irgendwelcher andrer Regierung Platz zu machen. Die Regierung hat vielleicht eine Fraktion in diesem hohen Hause, die rücksichtslos auf ihrem Standpunkt steht, das ist die demokratische Fraktion. Aber diese Basis ist klein und ist schlüssig, und ich weiß nicht, ob auf sie allein gestützt die Regierung die Geschäfte weiter führen zu können glaubt. Aber wie gesagt, sie lebt davon, dass sich kein Platz für sie findet. Die Herren machen einen Vorstoß und ziehen sich wieder zurück, weil sie ihrerseits sich sagen: Mit uns geht es auch nicht.

Und dann leben wir ja in dem Zustande, dass auf der andern Seite es auch nicht möglich ist, eine Arbeiterrégierung in diesem Augenblick in Deutschland zu bilden — die einzige Regierung, die in der Lage wäre, aus dem Papier von Verfaillies etwas Besseres und Dauerhafteres zu machen. (Zuruf rechts: Breitscheid!) Woran liegt das? Nun, wir krantzen daran, dass die deutsche Volk setzt daran, dass unsre Revolution eine halbe Revolution gewesen ist. Das deutsche Volk setzt daran, dass in der Zeit, die unmittelbar auf die Revolution folgte, systematisch die militärischen Elemente in Deutschland gestärkt worden sind (Sehr richtig! bei den U. Soz.), die heute ihren Einfluss dahin ausüben, dass eine Arbeiterrégierung diese Gefahr immer im Auge behalten muss.

Der Herr Graf Westarp hat in tödenden Worten auszudenken, dass die Internationale der Arbeiter erledigt sei, dass sie verlängt habe. Ja, ich betone das, was ich schon einmal gesagt habe, wenn Sie nicht so wirklich sein kann draußen in den Ländern der Entente, wie sie nach unserm Wunsch sein müsste, so liegt das daran, dass Sie (nach rechts) existieren, dass Sie einen solchen Einfluss haben. (Lachen rechts.) — Sehr richtig! bei den U. Soz.) Für uns ist die Internationale der Arbeiterrégierung nicht erledigt. In Wien standen die internationales Vertreter der Arbeiterrégierung auf dem Standpunkt: Ohne Durchführung der Gewalt müssen wir zu einer internationalen Regelung der Reparationsfrage kommen. Wir sind überzeugt, dass dieser Gedanke sich im Laufe der Zeit durchdringen wird, wir sind überzeugt, dass die internationale Arbeiterrégierung, die die einzige ist, die ein Recht und den Willen besitzt, den Frieden ohne Gewalt zu einer Wahrheit zu machen, auch die Kräfte erringt, um in dem Kampf gegen die widerstreitenden Elemente in allen Ländern, in Deutschland so gut wie in Frankreich und England, den Sieg dadurch zu gewinnen. (Lachen rechts.) Wie rufen die Arbeiter der Welt auf, sie hören und sie werden folgen. Am morgigen Tage werden in den Städten Deutschlands, Frankreichs und Englands Demonstrationen in diesem Sinne veranstaltet werden.

Wir richten unsre Hoffnung, trock Graf Westarp, trock aller Später und Zweiter auf den Klassenkampf, auf den Sieg des internationalen Proletariats und daran, dass die Stunde kommt, in der auch in Deutschland aus der halben Revolution eine ganze wird.

(Lebh. Beifall bei den U. Soz. — Rufe rechts: Wie in Moskau!)

Staatssekretär Albert: Der Reichsanzeiger ist der Vorwurf wissentlicher Unwahrheit gemacht worden, weil er erklärt hat, dass am Sonnabend keine Verhandlungen mit den Partei-führern stattfinden würden. Wenn diese Aussage gefallen ist, handelt es sich seitens der Reichsanzeiger nur um ein Mißverständnis.

Reichsminister des Außenrs. Dr. Simons: Die Darlegungen des Abordneten Breitscheid veranlassen mich zu einigen Richtigstellungen. Es ist falsch, dass ich meine Reise nach Süddeutschland nur gemacht habe aus agitatorischen Gründen. Ich bin nach Süddeutschland gereist, weil mir die Informationen, die ich hier erhielt, nicht genügten. Herr Breitscheid hat die Gelegenheit benutzt, um aus den Verhandlungen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten einen Zusammenhang des Nächsten zu schließen, den ich mit Herrn Stinnes gehabt habe. Herr Stinnes hat mich sehr stark angegriffen und ich habe mich gewehrt. Aber es gäbe doch ein ganz falsches Bild, wenn das Zitat, das Herr Breitscheid aus diesem Kampf vorgebracht hat, so aufgefasst wird, wie es die Zeitungen wiedergegeben haben. Das ganze war nichts weiter als eine scherhafte Erwiderung auf einen scherhaften Angriff. (Bewegung, Zurufe bei den U. Soz.: Wo hört denn da der Scher auf?) Herr Breitscheid hat dann ebenso wie Herr Wels gestanden, dass wir in London nicht mit einem ausgearbeiteten Wiederaufbauplan an unsre Gegner herangetreten sind. Niemand kann das mehr bedauern als ich. Aber der täuscht sich, der glaubt, die Regierung sei in der Lage, den Wiederaufbau in Nordfrankreich zu machen, wie ihn Herr Wels geschildert hat. Ich möchte die französische Regierung oder die französischen Behörden sehen, die erlaubten, dass wird Nordfrankreich durchzustellen und dort Männer für den Wiederaufbau machen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Wer das glaubt, verkennt das Misstrauen und die Abneigung der

französischen Behörden. Die Freude, die wir nötig hätten, um das zu machen, würden in Frankreich gar nicht hineingelassen werden. Wenn Herr Wels seinen Kollegen Braun fragt, dann würde er wissen, welche Anstrengungen ich somit habe, mit den Gewerkschaften einen solchen Plan anzustellen. Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf. Graf Westarp hat gemeint, dass in meinen Worten ein Freibrief für alle Gewaltmaßnahmen der Gegner liege. Ich habe schon in London gehört: die große Kaiserei besteht darin, dass, wenn erste Sanktionen nicht erreicht haben, was ihr wolltet, ihr dazu kommt, die Sanktionen zu verschärfen. Das führt leichter Endes zur Wiederaufnahme der Gewaltmaßnahmen auch unterseits. Sie sehen daraus, dass ich keinen Freibrief aus sprechen will, aber vermeiden will, in den ungünstigen Kreis wieder hineinzutreten. Graf Westarp sagt ferner, ich hätte durch die Vorschläge in London die deutschen Interessen preisgegeben. Wir müssen uns in unserer Lage aber auch überlegen: ist außer dem Ausführungsrecht nicht noch etwas anderes da? Da haben doch nun die Freunde auch schon bestanden, dass sie sich auch an die Substanz ihres Volksvermögens halten können, und da müssen wir absehen, wo für uns der größere Schaden liegt. Ich bin jetzt überzeugt, dass es nur wenige Wochen dauern wird, bis Sie mit einer Überzeugung sein werden. Graf Westarp hat mit vorgetragen, dass ich Vlond George nicht die Behauptung ins Gesicht geschaut habe, dass Deutschland überhaupt keine Schuld am Krieg hat. Wenn ich das gesagt hätte, so hätte ich mehr gesagt, als ich meine. Die Form meiner Ausführungen muss ich mir doch vorbehalten. — Dadurch, dass ich mein Geschrei erhoben habe, ist es mir gelungen, mit meinen Gegnern zu verhandeln. Von dieser Form will ich nicht abgehen. Ich weiß, dass in Deutschland sehr viele sind, die diese Art nicht richtig halten. Halten Sie sie nicht für richtig, so suchen Sie sich den Mann, der nach Ihrer Meinung die richtige Art hat. Ich will ihm sehr gern meinen Platz eltern.

Abs. Dr. Velt (Komm.): Auf dem Wege nach England ist der Außenminister zu einem vollständigen Zusammenschluss seines Systems gekommen. Er ist nur noch ein Gesetzsmann der Deutschen Nationalen. Die Haltung der britischen Regierung in der Entwaffnungskrise bedeutet die Kriegserklärung an die deutsche Regierung. Ich frage Herrn Koch, den Mann mit der starken Hand: Wo sind seine Machtbefugnisse gegenüber dieser Kriegserklärung. Der Temps macht ein Ministerium Wels aus, das Stimme und andre Gegner der Republik verhüten sollte.

Damit schließt die Ansprache. Es folgen persönliche Bemerkungen.

#### Die Abstimmung.

Ein Antrag der Kommunisten, der der Regierung das Misstrauen ausspricht und die Annahme wirtschaftlicher Beziehungen zu Russland fordert, wird gegen die Kommunisten abgelehnt. Der unabhängige Antrag wird ebenfalls gegen Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt.

Der Antrag der Regierungsparteien wird mit 268 gegen 10 Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen. (Lebhafte Beifall.)

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Das Haus verzögert sich auf Montag 1 Uhr: Dritte Beratung des Friedensabbindungsvertrages, Fortsetzung der Haushaltseratung, Gesetz über die Auflösung der Selbstschutzorganisationen.

## Gerichtsaal.

### Schwurgericht.

Er wollte seine Frau los sein. Der Markthausener R. hatte sich im Juli 1919 zum zweitenmal verheiratet, obgleich ihm seine Braut erzählt hatte, dass sie trant sei. Es währe auch nicht gar zu lange und er hatte sie seit und wäre sie gern wieder los geworden. Das ging aber nicht so schnell wie das Heiraten. Um ihr einen Scheidungsgrund zu geben, versuchte er deshalb die sonderbarsten Sachen. Er entwendete seiner Frau einen großzügigen Geldbetrag und brachte ihn in Frankfurt durch. Dann soll er zweimal den Gasbahn im Schlafzimmer aufgedreht haben, um sie zu vergiften. Er behauptet aber, das sei nur aus Versetzen geschehen und hat auch den Gasbahn bejelten wieder abgedreht. Im April und Mai hat er seiner Frau pulverisierte Boraxure in den Kaffee und in die Bohnensuppe getan, damit sie im Glauben, er wolle sie vergiften, sich nun endlich von ihm scheiden lasse. Vorher hat er aber vorstelliger Schalke selbst eine gute Dosis genommen, um sich zu überzeugen, dass es nicht etwa wirklich Gift sei. Die Frau schmeckte sofort, dass etwas nicht geheuer war und hat sich deshalb weder mit dem Kaffee noch mit der Bohnensuppe den Magen verdonnen. Sie zeigte ihrem Ehemann aber wegen verzweifelter Verzifung an. R. der im Felde zweimal verschüttet und durch den Luftdruck einer vorstelligeren Granate betäubt worden ist und jetzt noch an starken Kopfschmerzen leidet, war im September 1919 plötzlich verschwunden, so dass ihn seine Mutter bei der Polizei als vermisst angezeigt. Er kam aber bald wieder zurück. Nachdem seine Frau Anzeige erstattet hatte, verschloß er im Januar d. J. nicht weniger als 250 Nagel, dazu die Glassplitter einer zerbrochenen Flasche. Im Krankenhaus holte man 150 Eisenägel wieder aus dem Magen heraus, die andern sind hoffentlich bei der Düniger-Export-Altkriegsgefechtschaft gut aufgehoben. Vor dem Untersuchungsrichter gab R. an, es sei eine Chancalt gewesen, womit er seiner Frau die Suppe salzte. In der Hauptverhandlung hielt er die Behauptung aber nicht aufrecht, es glaubte ihm auch kein Mensch, und die Geschworenen sprachen ihn von dem Verdacht des versuchten Mordes frei. Von der Frau konnten sie leider nicht freisprechen.

## Die beste Bekämpfung der Schundliteratur

In das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

# Wir beweisen Ihnen unsere unbedingte Leistungsfähigkeit!

Montag, den 14. März

Dienstag, den 15. März

Mittwoch, den 16. März

Wir werden unser gesamtes Lager, bestehend aus prima Damen-Kleiderstoffen — Blusenstoffen — Herrenstoffen — in den apartesten Farben, entzückendsten Dessins, hervorragendsten Qualitäten zu noch nie dagewesenen Preisen verkaufen. Es bietet sich Ihnen in den genannten Artikeln eine ganz äusserst günstige und nie wiederkehrende Gelegenheit. Versäumen Sie auf keinen Fall, unser Angebot zu prüfen, und seien Sie versichert, dass wir Sie gut, billig und reell bedienen.

Durch Qualität zum Erfolg!

**Pörsch & Kornills, Leipzig, Grimmaische Str., für Kleiderstoffe.**

# U.S.P.D. Gross-Leipzig

**Singwitz-Lindenau-Schleußig.** Heute abends 18 Uhr. Frauon-Diskussionsabend im Gambrinus, Lindenau, Odermannstrasse 12. 1. Vortrag: Sexuelle Ausklärung in der Familie. Referent: Herr Dr. Hempto. 2. Ausdrache: 1. Verschneidung, Zahlreiche Beteiligung wünscht Der Vorstand. NB. Morgen Dienstag, 15. März, abends 18 Uhr, findet im Deutschen Haus, Lindenauer Markt, ein Vortrag des Schultinematographen mit Vorführung statt. Wir empfehlen unseren Genossinnen und Ge nossen diesen sehr lehrreichen Vortrag.

**Frisches Rindfleisch.** Bis 10 bis 12 Mt. Kaldarium, Geschäftes willig Dienstag von 8 Uhr an Gohlis, Platnerstrasse 11.

**Fr. Glaser** Hanstdörfer Steinweg 46, Lab. Telefon 1312. M. b. u. D. Garderobe Möbel Lässige, Bett., Tzv., Gardin., Leibhausf., Gold- u. Silberwaren, sow. ganze Nachlässe.

**Kaufe** Herren-, Damen-, Garderobe, Leibhausf., Kästchen, Wäsche aller Art, Federbetten, Schuhe, ganze Nachlässe. Kummer, Reichstr. 14, I. L. T. 11527.

**Kaufe** Herren-Garderobe Militär-Sachen. Bett- u. Leibw. Leibhausf. Klin. Rantische Galie 6, pt. Straßenbahn b. Battenberg.

Gebrauchsanzeige u. and. Herren-Garderobe, Fahrräder lauft haben, lange Str. 10, I. und Demmeringstrasse 72, II. L.

**Kaufe** Leibhausf. Wäsche, Möbel, Nähmaschine, Kappe, Nürnberger Str. 11. Bettwäsche, Federbett, fucht Leibhäuser, Banerische Str. 42, II. I. Kaufe Möbel, Sofas, Matr., auch defekt Brüderer, 10, I.

**Alte Taschenuhren** lauft **Uhrmacher Urban** Spezialist für Reparaturen Wüchterstraße 26.

**Nähmaschine** taunt Kappo, Nürnberger Str. 11.

Alte Fahrräder, Motorräder, auch defekte, lauft Scheffler, Fürstenstraße 8, I. Lichten-Heim a. fl. ges. Off. m. Preis T 15 Exped. d. Bl.

## Gegen Würmer

hat sich Wurmeinf als Rabilamittel für Gew. und Kinder vorzüglich bewährt. Nur echt König Salomo-Apothek. Leipzig.

**Viete bis 19. März**

**Minderbemittelten**

großen Posten

**Anzüge à 245 Mt.**

**Prima hosen**

neut. u. schw. zu Fabrik.

v. 55. & an. Bucast. 13. II. I.

### Garnellen-Nachrichten

Nach kurzem, schwerem, aber mit großer Geduld ertraginem Leiden verschloß am Sonntag früh 7 Uhr meine liebe Frau, unsere gute Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante

**Pauline Marie John geb. Mutho** im Alter von 29 Jahren. Dies zeigen tiefschläfrig an.

**Kurt John** nebst Hinterbliebenen.

Beerdigung findet Mittwoch, den 16. März, mittags 1 Uhr, von der Halle d. Schönefelder Friedhofs aus statt.

Am Sonntag, dem 13. März 1921, entschlief unter Onkel

**Chr. Frd. Eduard Friebe.**

Die trauernden Hinterbliebenen. Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 4 Uhr vom Trauerhause, Liebertwolkwitz, Teichstraße 29, aus statt.

Am 10. März verschied der Verwaltungsdirektor der Städtischen Theater

**Herr Heinz Dencker**

Wir betrauern in ihm einen Mann von unermüdlichem und anstrengungsvollem Dienstleben und werden sein Andenken stets in Ehren halten.

**Das gesamte Personal der drei städtischen Theater zu Leipzig**

## Zur Aufklärung!

Man begegnet häufig der Ansicht, daß Mottenködäne an Kleidern, Stoffen usw. auf die Tätigkeit der ausgeschlüpften, freiliegenden Motte zurückzuführen seien. Diese Meinung ist grundsätzlich, denn die Motte besitzt, wenn sie einmal ausgeschlüpft ist, nicht mehr die Fähigkeit, derartige Gegenstände zu beschädigen. Diese Arbeit vertritt ausschließlich die beinahe unsichtbaren, den Eiern eben entstammten Mottenmaden, aus welchen sich später die bekannten freiliegenden Motten entwickeln. Es ist darum auch widerkündig, den Kampf gegen die Motte erst aufzunehmen, wenn mit Beginn der warmen Witterung die herumliegenden Motte austauschen, denn dann ist die Vernichtungsarbeit bereits getan; vielmehr sollte die Aufmerksamkeit sich vollständig auf die Abtötung der den Eiern entstammten Mottenmaden richten, und das ist erfahrungsgemäß nur, abgesehen von Klopfen und Auslüften, durch gründliche Bestäubung mit einem tödlich wirkenden Mittel möglich. Stark reichende Chemikalien sind, abgesehen von der zweifelhaften Wirkung, schon aus dem Grunde abzulehnen, weil der anhaftende Geruch den weiteren Gebrauch von Kleidungsstücken usw. behindert. Vermieden wird dieser Unbehagen durch eine Bestäubung mit Dr. Weinreichs Mottenöl, welcher, an sich fast völlig geruchlos, die beste Gewähr dafür bietet, daß die den Eiern entstammten Maden sofort bei Beginn ihrer Freitätigkeit absterben. Wer sich vor Schaden bewahren will, schreibe sofort um Gratis-Zulieferung der Broschüre „Wie schütze ich mich gegen unerlässliche Verluste durch Mottenfraß?“ an die chemische Fabrik „Pharmakon“ in Frankfurt am Main. Dr. Weinreichs Mottenöl ist bei allen Droghisten in Flaschen zu Mark 5.—, 8.—, 14.—, 20.— nebst passenden Verstärkern erhältlich.

Am Sonnabend, dem 12. März, verschied unser geschätzter Kollege

**Max Rudolph**

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

**Der Zentralverband der Angestellten.**

Die Trauerfeier findet Mittwoch, nachm. 3 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Gestern früh entschlief nach langem, geduldig ertragtem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegertochter, Schwägerin und Tante

**Luisa Kupfer geb. Deubel**

im 60. Lebensjahr.

In tiefstem Schmerz

Leipzig, Nordstraße 40

**Karl Kupfer** nebst Hinterbliebenen.

Beerdigung Mittwoch nachm. 3 Uhr Nordfriedh.

## Kleiner Anzeiger

### Arbeitsmarkt

Bon einer Dampfwäscherei A.G. in der Elbershönowale werden vor 1. Mai aufgenommen:

**ein Waschmeister**  
**ein Maschinenmeister**  
**eine erste Büglerin.**

Nur solche Bewerber und Bewerberinnen finden Berücksichtigung, die nachweisbar schon längere Jahre in dieser Eigenschaft in großen Betrieben mit Erfolg tätig waren. Offerte mit Lebenslauf und Angabe von Referenzen unter U. 16 an die Verwaltung dieses Blattes.

**Achtung!**  
**Lehrmädchen für die Leipziger Etui- und Kartonagenindustrie.**

Die hierigen Unternehmer der Etui- u. Kartonagenindustrie ver suchen zu billigen weiblichen Arbeitskräften zu gelangen, indem sie mit jugendlichen Arbeitserinnen unter 16 Jahren und deren Eltern Verträge abschließen, in denen weit niedrigere Löhne vorgesehen sind, als solche in dem für die fraglichen Branchen gültigen Reichstarife festgelegt sind.

Wir erläutern unseren Eltern, unter keinen Umständen auf derartige Lehverträge einzugehen, um zu verhindern, daß die überaus niedrigen Löhne in den transalpinen Branchen nicht noch weiter verschlechtert werden.

Zur näheren Information verweisen wir auf die unter Gewerkschaftsbewegung in dieser Nummer enthaltene Notiz.

Verband der Buchbinderei u. Papierverarbeiter.

Zahlstelle Leipzig.

**Ein Werkstatt-Schreiber** mögl. Techniker f. Stücklisten und Nachfertigung mehrere Kesselschmiede Autog.- u. Elektro-, Schweißer sollen ein Natorp & Eberhardt Halle a. S.

Tüchtige Kastenmacher Karosserie-Sattler Blechtreiber verfügt auf Karosserie, werden noch eingefüllt Kruck-Werke, G. m. b. H. Frankfurt a. M. Galluswarte.

**Verf. Schleifer** für Lohnverarbeitung, verfügt auf Fahrradteile, gefüllt Lehmann & Co. Burgstraße 20 KOWNOER von Goldfisch 50c nur ML 50

Gerberstr. 40 u. Elsterstr. 3, I. Wiedervertl.: Engrosprelle ab Fabriktag. Elsterstr. 17, II.

**Modelltischler** A. Auffertung v. Chamotteformen nach Zeichnung für dauernd geziert. Sächs. Eisenwaren-Gesell.

**Gelegenheitskauf!** Weg. Aufg. d. Schuhbedarf, artig verl. g. ivothill. Kreis Ged.-u. Eisenh., Stiefelei, Schnürer, Einkaufshändler, Holzwaren, Nagel- u. Näherei. Banerische Str. 8, I. Jüdische Schuhwerk auf und billig, verfügt L.R. Frommannstr. 12, Lab.

Sung!

Anzüge

in blau, braun, selbarau

desgleichen Ulster

Walter Fritzsche, L.-Ad., Frommannstr. 12, Enden.

Zeit noch billig!

Elegante neue Jadt-

hosen

desgleichen Ulster

Walter Fritzsche, L.-Ad., Frommannstr. 12, Enden.

**Zwei Punkte**

kennzeichnen unsere Angebote in

**Madras**

Garnituren und Stoffen

**gute Qualität**

**große Billigkeit**

**GARDINENHAUS**

**Methner;**

Neumarkt 2-4 u. Demmeringstr. 32

**Schuhwaren**

geben auch in einzelnen

Paaren, Engrosprellen

ab. Verkaufszeit 9-1 u. 3-6. Richard-Wagner-Str. 12, I.

Knb.-Kont.-Schuh, abh. 2 P.

Turnerteul, Bernhardstr. 53, I. I.

**Gummi Mäntel**

alle Größen, billig.

**WADEWITZ,**

Windmühlenstr. 33, I. Ad.

**Von Herrschaffen wenig gefr.**

so gut wie neu, u. neue Herr.

Dam.-u. Knb.-Garderobe aus

seinst. Stoff, hergest., lauf. Sie

wie altbestand, gut u. bill.

nur d. Kummer, Rehstr. 14, II. B.

**Mod. Anzüge** von 260

bis 650

seitlich 75-175

hoch. Covertcoats billig

Burgstr. 13, II. I.

**Zwei Jadt-Anzüge**

250-375, 2 geöffnete Dolce

U. Demmeringstr. 72, II. I. I.

Einig. elg. Cutum, m. a. fr. Hof.

2 d. Schone-Satett-Anz. Gebrot.

Paleot. bill. Lannastr. 10, I. \*

Günz. Gelegenheitslauf

für Brautleute!

Küchenmöbelung, weißlack.

nußf. furn. Steing. wie neu.

grüne Küchenmöbel, furn.

Bettl. 3 abr. Sofaf. aus.

W. Windmühlenstr. 26, I. Große.

Günz. Gelegenheitslauf

für Brautleute!

Küchenmöbelung, weißlack.

nußf. furn. Steing. wie neu.

grüne Küchenmöbel, furn.

Bettl. 3 abr. Sofaf. aus.

W. Windmühlenstr. 26, I. Große.

Günz. Gelegenheitslauf

für Brautleute!

Küchenmöbelung, weißlack.

nußf. furn. Steing. wie neu.

grüne Küchenmöbel, furn.

Bettl. 3 abr. Sofaf. aus.

W. Windmühlenstr. 26, I. Große.

Günz. Gelegenheitslauf

für Brautleute!

Küchenmöbelung, weißlack.

nußf.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 14. März.

## Parlangelegenheiten.

Funktionäre Groß-Leipzig u. S. P. Dienstag, den 15. März, nachmittags 8 Uhr, Corpore im Volkshaus (Gesellschaftssaal). Thema: Die Aufgaben der Reichskonferenz. Referent Gen. Seeger. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig. Hauptvorstandsmitglieder treffen sich 1½ Uhr im Volkshaus. Der Hauptvorstand.

Orioverein Plauwitz-Lindenau-Schleußig. Heute, Montag, abends 1½ Uhr: Frauendiskussionsabend im Gambrinus, Lindenau, Odermannstraße 12.

Böhniß-Dölln. Heute abend im Stern Frauenabend. Literarischer Abend mit Rezitationen.

Gewerkschaftsjunktionäre und Betriebsräte: Versammlung am Jahrestage des Volkshausbrennes am Freitag, dem 18. März, abends 7 Uhr, im Volkshaus, großer Saal.

Gewerkschaftskartell Leipzig. Gruppenrat Z, Vederindustrie. Die für Dienstag anberaumte Sitzung findet Donnerstag, den 17. März, nachmittags 5 Uhr, im Hotel Victoria, kleines Restaurationszimmer, statt.

## Die Leipziger Arbeiter zum 13. März

Ein Jahr nach dem seligen Morde friedlich für die Verfassung demonstrierender Arbeiter durch Leipziger Zeitfreiwillige zeigte die Leipziger Arbeiterschaft abermals durch eine mächtige Kundgebung ihre unerschütterliche Entschlossenheit, alle gegenrevolutionären Pläne auszuhänden zu machen. Ein mächtiges Aufgebot an Proletariern war dem Ruf der Unabhängigen Sozialdemokratie gefolgt. Von allen Seiten zogen gegen 10 Uhr unter Vorantragen roter Fahnen und unter dem Gesang revolutionärer Lieder die langen Züge der Demonstranten der einzelnen Bezirke aus den Zugangsstraßen nach der Südseite des Augustusplatzes. Neben und hinter den geschlossenen Füßen kamen aus allen Richtungen die losen Scharen der Nachzügler, die den Anschluß an den Bezirkssammelstellen nicht erreicht hatten.

Nicht geschart füllten die Massen die Freitreppe des Museums und die breite Straße zwischen diesem und dem Mendebrunnen, um den anfeuernden Worten des Genossen Leid zu lauschen, der vom Museum aus zu ihnen sprach. Und Kopf an Kopf gedrängt umgab die Masse der Demonstranten, die durch fortwährenden Zustrom noch mehr vergrößert wurde, die beiden andern Redner, die Genossen Buchta und Henke, die von beiden Seiten des Mendebrunnens die Forderungen des internationalen Proletariats verkündeten.

Der nationalen Einheitsfront der Kapitalisten, Kriegsgewinner und nationalistischen Kriegshezer gegenüber proklamierten unsre Redner die internationale Front des revolutionären Proletariats, das mit allen Mitteln gegen eine gewaltsame Lösung der durch den Krieg ausgeworfenen Probleme anlämpft, die nur neues Elend und unsägliche Not über die Massen bringen wird. Im Kampfe gegen jede Art von Ausbeutung durch die Kapitalisten des Auslandes sowohl wie die des eigenen Landes wird die internationale Solidarität der Arbeiterschaft die Revision des Versailler Friedensvertrages erzwingen. So war das stürmische Hoch auf den Sozialismus, mit dem die Demonstration geschlossen wurde, zugleich ein Bekenntnis zur internationalen Kampffront des Proletariats.

Diese Demonstration, die an Größe die lezte bei weitem übertroff, hat auch den Leipziger Gegenrevolutionären gezeigt, daß ihre Putzpläne auf den entschlossenen Widerstand der gesamten Leipziger Arbeiterschaft treffen werden.

## Die Kommunisten Leipzigs.

hielten am Sonntagvormittag drei Versammlungen ab. Im Volkshaus war der Besuch kein überaus starker. In den Nebenräumen und auf der Galerie hätten noch einige hundert Personen bequem Platz gehabt. Auch die anderen beiden Versammlungen waren gerade gefüllt. Da die deutschen Kommunisten an Ideen und Gedanken geistig überaus arm sind, leben sie nur von der Hesse gegen die Unabhängigen, die selbst gestern unternommen wurde. So schuberte im Volkshaus der Redner Heute zwischen USPD. und SPD. gebe es keinen Unterschied, Lipinski sei Zwillingsschwestern Rosko. Bei den Abmachungen während der Woche des Kapp-Pulssches in Leipzig hätte Lipinski Vertrat güt.

Das ist echt kommunistische Kampfweise. Vor einem Jahr, als der Kapp-Pulssch ausbrach, war die Kommunistische Zentrale in Berlin völlig fassungslos. In der Woche des Kampfes schwankte sie hin und her. Hätte sich die Arbeiterschaft auf sie verlassen, so wären sie wirklich verlassen worden. In Leipzig legten sich die kommunistischen Führer in den Schnullwinkel zurück. Sie hielten sich vorzüglich im Hintergrund. Zeit aber läßt sie diejenigen an, die damals an der Spitze der Bewegung standen. Sie sollen Vertrater sein. Das ist eine so verächtliche Kampfesart, die vor hier niedriger hängen müssen. Der Redner gab dann auch mehrere Parolen aus. So sollen die Arbeiter politische Arbeiterräte bilden. Was die jetzt für Aufgaben erfüllen sollen, sagte der Redner nicht. Er weiß es sicherlich selbst nicht. Es ist der vollendete Stumpf, der die Kommunistische Partei beherrscht. Und es gibt in Leipzig immer noch einige tausend Arbeiter, die ihn widerstreitlos hinnehmen, anstatt solchen "Politikern" den Laufpass zu geben.

Nach Schluss der Versammlungen formierten sich die Teilnehmer zu einem Zug durch die Stadt. Es wurden Fahnen mitgeführt. Die Kommunisten begaben sich nach dem Nord- und Südrathaus, wo sie an den Stäben der Märzgefallenen Kränze niederlegten. Sie passierten den Augustusplatz, gerade als unsere Demonstration beendet war.

## Noch ein Mordprozeß aus den Tagen des Kapp-Pulssches.

Der Maurer J. O. Jilmann, der auf einen Zeitfreiwilligen geschossen hatte, stand deshalb am Freitag unter der Anklage des verjüngten Mordes vor den Geschworenen.

Er hatte sich nach seiner Schilderung am 15. März zur Arbeiterwehr gemeldet und fand, als er am Abend des 16. März in das Sophienschlößchen kam, um seinen Dienst anzutreten, einen gefangen Spion der Zeitfreiwilligen vor. Er befahl den Auftrag, mit zwei anderen Mitgliedern der Volkswacht zusammen den Gefangenen nach dem Schlößchen zu transportieren, wo die Kommunisten ihr Quartier hatten, während das Sophienschlößchen und die Schlesische Ecke die Wachquartiere der U. S. P. waren. Leute, die von den Dächern und aus den Fenstern geschossen hatten, wurden im Sophienschlößchen behalten, Zeitfreiwillige und Reichs-

wehrsoldaten aber nach dem Schlößchen abgeführt. Jilmann erhielt den Befehl, bei Fluchtversuch von der Waffe Gebrauch zu machen. Unterwegs blieb der Gefangene öfters stehen und wollte nicht weiter gehen. Jeder der beiden Begleiter sah ihn darauf an einem Arm, während J. hinter ihnen herging und wiederholte, er solle nur ruhig mitgehen, es passiere ihm nichts. Der Gefangene schlug aber mit Händen um sich und versuchte sich loszureißen, was ihm auch gelang. Einer der Begleiter rief: "Er läuft!" Jilmann gab darauf einen Schuß ab, der Gefangene fiel hin und schrie, daß er verwundet sei. Einer der Begleiter blieb bei ihm, während der Angestellte mit dem anderen Begleiter zur Wache zurückging, den Vorfall meldete und sich darauf in den Bayrischen Hof begab, wo sich der Verbandsplatz befand, um Hilfe zu holen. Dort wurde ihm gesagt, es seien schon Sanitäter fort, den Verwundeten zu holen. Jilmann ging darauf zur Wache zurück, um seinen Dienst weiter zu tun.

Der Verlehrte, der 20jährige Student der Chemie Kriegler, sagt als Zeuge aus, daß er als "Späher" der Zeitfreiwilligen von den Arbeitern in der Brandenburger und Hörmeyerstraße abgesangen und nach dem Sophienschlößchen transportiert worden sei. Unterwegs und im Sophienschlößchen hat man ihn so mishandelt, daß er das bestimmt gefilzt hatte, man werde ihn um die Eide bringen. Er wurde untersucht und als der Alarmbefehl der Zeitfreiwilligen gefunden wurde, schlug man so nach ihm, daß ihm das Blut aus Mund und Nase floß. Sein Revolver wurde ihm schon bei der Festnahme abgenommen. Von 5 bis 6 bewaffneten Arbeitern sei er herausgekettet, gestoßen, geschlagen und unter fortwährenden Drohungen abtransportiert worden. Drei hätten ihn direkt gehalten, es seien aber mindestens 5 bis 6 gewesen. In der Nähe der Polizeiwache suchte er sich loszureißen, um in der Wache Schuh zu suchen. Da habe er den Ruf gehört: "Jetzt schick ich los!" oder "Schick los!" und fühlte auch schon, daß er getroffen sei. Er behauptete, Jilmann habe ihn am Mantel festgehalten und gleich geschossen. Es sei ihm auf dem Transport auch nicht im geingsten zugeredet, man hätte ihn im Gegenteil mishandelt, gewürgt und gemeinsame Nebenarten entgegenschleudert. Vor dem Untersuchungssrichter hat er sogar ausgesagt, man habe, um ihn am Schreien zu hindern, versucht, ihm ein Tuch in die Kehle zu stopfen!

Nach den Aussagen des Arztes ist der Schuh aus einer Entfernung von 1½ bis 2 Metern abgegeben worden und hat eine Ferzelung der Leber zur Folge gehabt. Glücklicherweise ist der Verlehrte sofort nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus operiert worden und war schon nach vier Wochen leicht hergestellt, daß er entlassen werden konnte. Es sind für ihn weder körperliche noch geistige Dauernde Schäden entstanden. Der Nervenarzt, der als Zeuge vernommen wurde, gibt an, daß er bei Kriegler einen nervösen Zusammenbruch letzter Art vorgefunden hat, er „war eine

nachdem der Staatsanwalt, der Verteidiger und die Geschworenen erklärt haben, daß sie das als gerichtsbekannt annehmen.

Der Zeuge Müller, der als gefangener Zeitfreiwilliger im Sophienschlößchen war, gibt an, er sei auch geschlagen, aber nicht nach dem Schlößchen gebracht worden, weil ein Sanitäter dagegen Einspruch erhob. Er schaut eine Heidenangst gehabt zu haben und dachte bestimmt, im Schlößchen würde jeder erschossen. Auf der Straße habe er bei seiner Verhaftung einen Schuhmann um Hilfe bitten wollen. Darauf sei ihm bedeckt worden, wenn er das nochmals versucht, würde er auf der Stelle erschossen. Er hat das auch für bare Münze genommen!

## Das Plädoyer der objektivsten Behörde.

Der Staatsanwalt beschreibt sich in seinem Plädoyer bitter über die Leipziger Volkszeitung, die ihn mit ironischen Worten als einen "Gesichtsborcher" bezeichnete. Er hatte an der einen Blamone noch nicht genug und bemühte sich aufs neue um den Nachweis, daß die Zeitfreiwilligen die Schläger der Verfassung, die Arbeiter aber die Aufrührer waren. „Aber was man nicht glauben will, glaubt man eben nicht. Die Arbeiterschaft hat eben nicht glauben wollen, daß die Zeitfreiwilligen für die Verfassung gekämpft haben!“ Man muss schon Staatsanwalt sein, um es sonderbar zu finden, daß die friedlich für die Verfassung demonstrierenden nicht einschreien wollen, daß sie deshalb für dieselbe Verfassung über den Haufen geschossen werden!

Was diese „unparteiischste Behörde“ dann aber zusammenfaßte, um Leipziger Mörderzentralen „nachzuweisen“, kann man doch übers Bohnenlinse. Erst brachte er eine ganze Anzahl Fälle, die in der Verhandlung gar nicht erwähnt waren als Beweis dafür, daß die Leipziger Arbeiterschaft alle Zeitfreiwilligen ermordet hatte. Spione sollten von den Tätern abgemacht werden. Diese Ansicht war damals ganz und gäbe und in den Kreisen der Arbeiterschaft als richtig angesehen, habe in einem jüheren Prozeß ein Zeuge ausgesagt! Im Schlößchen seien die Gefangenen ganz besonders hart behandelt worden. Die ganz unbewiesenen Behauptungen, daß Müller sofortige Tötung angeordnet worden sei, daß man Krüger habe einen Tuch in den Mund stopfen wollen, ist dem Staatsanwalt ein Beweis dafür, daß auch Krüger auf jeden Fall ermordet werden sollte. Der Mann, der bei ihm blieb, bis sich der Wohlfahrtschuhmann näherte, um sich dann in der Richtung nach dem Schlößchen zu entfernen, um seiner Verhetzung nach „der Bote, der wahrscheinlich den Kommunisten gejagt hat, auch ist ein guter Bote entgangen“. „Ob Krüger ins Schlößchen oder in die Schiefe Böschung transportiert werden sollte, ist einerlei, die Fahrt ging ins Ungewisse, oder vielmehr ins Gewisse — es sollte ein Mensch getötet werden! Die Absicht, ihn zu töten, ist dem Angeklagten innerwerts gekommen!“ So der Herr Staatsanwalt.

Der Verteidiger, Justizrat Melos, wies dem überzeugigen Nachvoicer sofort nach, daß es prozelig gar nicht zulässig sei, eine Menge Namen und Aussagen, die im Prozeß gar nicht verhandelt worden seien, hier als Beweismaterial vorzubringen. Er verwahrt sich dagegen, denn es sei nichts anderes als Stimmungsmache. Er zog dann einen sehr treffenden Vergleich zwischen dem Prozeß der Marburger Studenten, die ebenfalls auf angeblich Hilfesuchende geschossen hatten und dem heutigen Falle. Dort hatte der Staatsanwalt Freisprechung beantragt, während hier Verurteilung wegen Mordversuch verlangt wurde. Er belehrte dann unserer wackeren „Gesichtsborcher“ darüber, daß derjenige ein Aufrührer ist, der gegen eine Recht zu bestehende Regierung kämpft. Das habe Kapp getan. Die Arbeiter aber waren von der verfassungsmöglichen Regierung zum Kampfe gegen Kapp aufgerufen worden, also keine Aufrührer. Wenn das Schlößchen eine Mörderzentrale, wie der Staatsanwalt in der Anklageschrift behauptete, gewesen sei, dann müßten doch Mörder und auch ermordete vorhanden sein! Wo aber waren die? — Er beantragte Freisprechung des Angeklagten.

## Eine Unwahrheit des Staatsanwalts.

Zu seiner Erwiderung behauptete der Staatsanwalt allen Tätsachen zu wider, die Zeitfreiwilligen hätten nicht auf feierliche Demonstrationen geschossen, das Militär ist von vielen Stellen angekommen worden! Und dieser angeblich unparteiische Beamte schloß mit einer so ungeheuerlichen Behauptung, wie man sie auch in den erregtesten Zeiten von dem verbissensten Gegner der Arbeiterschaft nicht gehört hat. Nicht in der Leidenschaft der Rache, nicht in der Höhe des Geistes, nein, fühl und ruhig, jedes Wort abwägend, behauptete er:

„Es liegt der Seele des Arbeiters, wenn er im politischen Kampfe steht, der Mord nicht fern!“

Das ist eine freche Beschimpfung des Arbeiters, die kaum noch überwunden werden kann. Wir protestieren nicht dagegen, denn ein Mann, der seine amliche Stellung dazu missbraucht, gegen die Arbeiter ganz allgemein solche ungeheureliche Beschuldigungen zu erheben, der kann die Arbeiter nicht beleidigen, weil ihm die Qualitäten dazu abgehen. Was würde dieser Justizbeamte sagen, wenn man sein Wort etwa wie folgt umstellen wollte:

„Es liegt der Seele manches Staatsanwalts, wenn er im politischen Kampfe steht — und sich in seiner Stellung sicher fühlt — die geringste Verdächtigung nicht fern.“

It das, was sich der Staatsanwalt Goldmann mit jenem Auspruch leistete, etwas anderes als eine hundsgemeine Verdächtigung?

Herr Goldmann hat auch dieses Geschenk nicht genügt. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage nach Mord und sprachen Jilmann nur des verüchten Toßtötungs schuldig. Unter Jubiläum mislicher Umstände wurde Jilmann zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, drei Monate Untersuchungshaft wurden ihm auf die Strafe als verbüßt angerechnet.

Mit dem Ausgang des Prozesses ist erneut der Beweis erbracht, daß die Arbeiter, die in den Tagen des Kapp-Pulssches praktisch für die Verfassung kämpften, in dem Betriebe der Justizmaschine schuldig gesprochen werden, während sich auch in Leipzig bis heute noch kein Staatsanwalt gefunden hat, der die Mörder der Arbeiter, die in den Märztagen zu Hunderten getötet wurden, vor Gericht zielet. Ebensowenig ist bisher einem von den Schülern der Schule vom „Rollkommando“ in den Leipziger Schulen und in der Ulanenfalle auch nur ein Härtchen getrimmt worden. Wie erinnerlich ist, sind damals die gesangenen Tätilisten von den Zeitfreiwilligen und von der Reichswehr im Keller des Leipziger Rathauses, in Leipziger Schulen und in der Ulanenfalle in der bestialischen Weise mishandelt worden. Gemeinen an diesen Roheitssakten ist die Abgabe eines Schusses auf einen fliehenden Spion — mitten im schwersten Kampfe — eine Handlung, die überhaupt nicht zur Bestrafung führen dürfte.

Trotzdem gibt es noch Leute, die behaupten, es gäbe keine Klassenjustiz!

Eine Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 16. März, abends 6 Uhr, statt. Das Kollegium wird u. a. beraten über Eingaben wegen der Straßenbahn-Wochenarten, der Straßenbahnmontatsarten und der Straßenbahn-Fahrtpreise für Jugendliche bei Beteiligung an sportlichen Veranstaltungen, der Straßenbahnlinie 6 und des Straßenbahnbetriebs in der Kirch-, Kohl-, Marienstraße, über die Rücknahme des Rats zum Nachtrag über Änderungen des Tariffs, zum Ortsgefeß über die Düngerabfuhr, über eine Eingabe wegen Überlassung der Füllstellen an den Leipziger Turn- und Sportverein Eintracht von 1885 zur Anlegung eines Turn- und Spielplatzes, über eine Eingabe wegen der Entlassungen beim U. (Operetten-) Orchester, über Konto 48 Städtische Krankenhäuser zu St. Jakob und St. Georg

seine Ruine“. Und der behandelnde Arzt im Krankenhaus, der jetzt in München tätig ist und dort protokollarisch vernommen wurde, sagt ausdrücklich, die heutigen Angaben Krieglers wären, soweit sie mit den früheren nicht im Einklang ständen, mit Vorsicht aufzunehmen, da seine Nerven stark gesättigt haben!

Der Handelsmann Berger gibt als Zeuge an, daß er zwar gesehen hat, wie Krüger verhaftet wurde, nicht aber, daß er auf dem Wege geschlagen worden sei. Man fand bei ihm eine Photographic, die ihn mit Handgranaten bewaffnet darstellt, und eine Soldatenmütze, die er unter dem Hemde verborgen hatte. Als man seinen Zeitfreiwilligenausweis fand, schlugen ihn die Umstehenden. Es waren junge Leute von 18, 19 Jahren mit im Raum.

Der Zeuge Simrott, der am Transport beteiligt war, behauptet, daß er Krüger am Kragen gefasst habe, als er sich wieder losgerissen habe, fiel der Schuh. Vor dem Untersuchungssrichter hat er ausgesagt, er hätte Jilmann sofort vorgehalten, wie er denn scheinen könne. Er behauptet bestimmt, Krüger sei auf dem Transport nicht geschlagen worden.

## Der ordnungsliebende Staatsanwalt.

Es kommt zu einem ereigneten Wortschlag zwischen den beiden Zeugen. Krüger behauptet, Simrott habe ihn geschlagen, gemein beschimpft und ein Tuch in den Hals zu stopfen versucht. Als Simrott darauf rief: "So seien Sie aus. Ihnen wird ja hier geglaubt!" beantragt der Staatsanwalt die Bestrafung des Zeugen und die sofortige Verstreckung des Urteils. Der Vorsitzende behielt aber die Ruhe und ermahnte beide Zeugen zur Höflichkeit und den Staatsanwalt fiel mit seinem Antrag ab.

Wohlfahrtswachmeister Schröder befand, daß er auf der Straße vier Personen gesehen habe, die sich herumgeschuppten, laut gling es dabei gar nicht zu. Als der Schuh fiel, hat er dem Verwundeten beigestanden, bis er von Sanitätern fortgeschafft wurde.

Zeuge Gabler hat auf der Wache gesagt, man solle Krüger nach Hause bringen, und hat danach das Lotal verlassen. Der Staatsanwalt glaubt ihm das aber nicht. Der Zeuge hätte doch die Zeitfreiwilligen für Hochverräte gehalten und hätte sich doch sagen müssen, daß Krüger sofort wieder zur gegnerischen Partei halten würde. Er verrietet, der Zeuge sei nur aus dem Lotal gegangen, um nicht dabei zu sein, wie Krüger „erledigt“ wurde! (D. B.)

Nach einer Pause erklärt der Vorsitzende, vor den Zuhörern seien Drohungen gegen einen Zeugen ausgestoßen worden. Er droht bei Wiederholung mit sofortigem Ausschluß der Oberschicht.

Auf Zeugen, die bestätigen sollen, daß auch beim Militär Misshandlungen Gefangener vorgekommen sind, wird verzichtet.

wollt sie die persönlichen Ausgaben für die Kirchen betreffen, soer die Mützierung des Rates wegen der Ruhehöhnordnung vor die Arbeiter und Arbeitertinnen der Stadt Leipzig, über eine Eingabe wegen der Mühelohnordnung, der Ruhehöne usw.

Für die Eltern hämmerliche Vollschüler von Lindenau, Dienstag, den 15. März, abends 7½ Uhr, im Deutschen Hause Vortag über den Schallkinematographen mit Vorführungen. Jahrreicher Besuch dringend erwünscht.

Besitzanmeldung für Erwerbstöle. Die Neuanmeldungen sind sofort in der Geschäftsstelle, Bergerstraße 3, Hof, Zimmer 2, in der Zeit von 9 bis 12 Uhr, zu machen.

Der Arbeitslosenrat.

Bei der Riesenschlangenfütterung, die am Freitagabend im Zoologischen Garten stattfand, hat die große Rechthänge zwei junge frische Schweine verschlungen. Ihr Leib wird voraussichtlich in den nächsten Tagen infolge der einschenden Gasentwicklung mächtig ausgebläht sein. Die Abgotschslange hat sich mit einem erwachsenen Käntinen begnügt.

Feuerwehrbericht. Im Konsumverein, Dahnstraße 28, brannte der Bureau Raum einer Lagerabteilung aus. Die Wettwache konnte mit einer Schlauchleitung den Brand nach einständiger Tätigkeit auf jenen Herd beschränken. Weiter entstand in einem Lagerraum einer Sack- und Packmaterialien-Großhandlung in der Richard-Wagner-Straße ein Brand, den die Hauptwache mit einer Schlauchleitung bald befehligen konnte.

Im Städtischen Vieh- und Schlachthof ist die Maul- und Klauenseuche erloschen.

### Lebensmittelkalender für Dienstag, den 15. März.

#### Für Haushaltungen.

Anmeldung. Briefkasten für Erwerbstöle und Kurzarbeiter: Ausgabestellen: Blaumühle, Elisabeth-Allee und Bayrischer Bahnhof (Max u. Co.), Lößniger Straße.

Ausgabe. Reichshausbrandbezugsscheine an die Kohlenhändler im Kohlenamt, Harzkirche 3, II, Zimmer 17; Buchstaben H-L.

Briketts an Kriegshabichts- und Kriegshinterbliebene bei der Firma Georg Werner, Magdeburg-Thüringer Kreisbahnhof: Gutscheine Nr. 251-400 (sie 2 Zentner) 8 bis 12 Uhr.

Schweinefleisch an Kriegshabichts- und Kriegshinterbliebene auf die vom Ortsamt für Kriegerfürsorge angestellten roten, grünen, gelben, grauen, braunen, blauen und weißen Bezugsscheinen im Schlachthof 9 bis 3 Uhr; Buchstaben V-G.

### Boligennachrichten.

Berwegene Flucht eines leichtsinnigen Verfolgten! Der Kriminalpolizist war belästigt geworden, daß sich im 4. Stockwerk des Hinterhauses eines Grundstücks in der Weststraße, in einer Manjordenvorwohnung, eine verdächtige Person unangemeldet aufhielt. Um diese festzustellen, gingen am 10. März frühzeitig zwei Beamte nach der bezüglichen Wohnung, die ihnen trotz wiederholten Klingelns und Rufen zunächst nicht geöffnet wurde. Nur durch Anwendung einer List gelang es schließlich den Beamten, sich Zutritt zu verschaffen. Die Wirtin stellte sich sehr erstaunt und gab an, daß jener Mann auf Weise hier sei. Die Beamten interessierten sich aber besonders für dessen Persönlichkeit und verlangten, ihn selbst zu sprechen. Der angebliche „Wehrende“ hatte sich wohlweislich eingeschlossen, tat jetzt entrüstet über die Störung, flüchtete aber dann, da er wohl sah, daß es ein anderes Entrinnen für ihn nicht mehr gab, durch Fenster auf das Dach, um über dieses zu entkommen. Der eine der Beamten hattet dies aber durch die zufällig offenstehende Bodentür bemerkt und stellte sofort furs entflohenen durch ein anderes Fenster ebenfalls auf das Dach, um den Ausreiter zu stellen. Da das Hinterhaus vollständig freistehend und jener sich nun sogar auf dem Dache versteckt sah — eine Auro von ihm verloren Flucht durch eine Bodenöffnung war möglichst — ließ er sich in seiner Bedrängnis aus schwundender Höhe am Bühnende abrappen in den Hof hinunter und stieg nach einem anderen Grundstück in der Weststraße. Da er in Strümpfen lief, war er hierbei Passanten aufgefallen und von diesen verfolgt worden. Die unmittelbar danach hinzukommenden Kriminalbeamten fanden den tollkühnen Flüchtling im Hofe, hinter einem Holzstoß versteckt und nahmen ihn fest. Es stellte sich heraus, daß der Festgenommene, ein 21-jähriger Landwirt, wegen Entweichens aus einer Strafanstalt, in der er Gefängnisstrafen zu verbüßen hatte, gefucht wurde.

Vorsicht! Taschendiebe! In der Straßenbahn auf der Fahrt vom Ausstellungsgelände nach dem Augustusplatz ist einem Menschen eine goldene Herrenuhr mit Glashüttler Werk aus der Tasche gestohlen worden. Die Uhr trägt auf der Innenseite des Rückendekks eingraviert u. a. auch eine Widmung und den Namen Losse. Der Gestohlene lebt 3000 Mark als Belohnung aus.

Überfall auf ein junges Mädchen durch einen „Schwarzen“. Zu der in einem Teile der bisherigen Preß am 11. d. M. errichteten Polizei, über den von einem Schwarzen Montag, den 7. d. M., auf eine Kraulenrägerin am Floßplatz verübten Überfall, von dem die Kriminalpolizei leider erst am 10. d. M. in den späten Abendstunden Kenntnis erhielt, wird noch folgendes mitgeteilt: Die Überfallene befand sich am 7. d. M., abends gegen 8 Uhr, auf dem Weg nach ihrer in der Körnerstraße abgelegenen Wohnung. In der Münzgasse trat ein Negligé an sie heran, hi schenkte ihm aber keine Beachtung und ging ruhig ihren Weg weiter. Der Negligé belästigte sie daraufhin in groblicher Weise, wurde, als sie am Floßplatz angelangt waren, handgreiflich und versuchte sie zu umarmen und zu küssen. Das Mädchen wehrte sich dagegen und versetzte seinem Peiniger eine Ohrfeige, worauf dieser es mit einem Werkzeug, vermutlich einem Gummiträger, mehrmals so heftig auf den Kopf schlug, daß das junge Mädchen ohnmächtig zusammenbrach. Es erholt sich aber bald wieder, worauf der gemeingefährliche Mensch erneut auf sein Opfer einstieg, bis es abermals die Bekämpfung verlor. In diesem Zustande wurde das Mädchen alsbald danach von Passanten aufgefunden und nach dem Lazarett Heimatdank in der Dorotheenstraße gebracht. Der Täter wird bestärkt als von dunkler Hautfarbe, etwa 25 Jahre alt, 1,65—1,70 m groß, von mittlerer Gestalt, ohne Schnurrbart, mit rauhem Gesicht; die zwei oberen Schneidezähne sind auffallend ungleichmäßig, fast übereinander gewachsen. Bekleidet war er mit hellem, wahrscheinlich gelbem, weitem Ärmel aus wolligem, dicken Stoff mit weiten Kermeln, an denen sich je ein Negligé nebst Hornknopf befindet, welchem Ärmel dunklem Ärmel und vermutlich hohen schwarzen Kragknöpfchen mit Tucheinlage. Der Täter trug Rekehosen. Wer Angaben zu machen vermag, die zur Ermittlung dieser schweren Peitsche in Menschenestat führen könnten, melde sich sofort bei der Kriminalabteilung.

### Öffentliche Bekanntmachungen.

#### 500 Mark Belohnung!

Gestohlen wurde am 10. März, nachmittags zwischen 3 und 5 Uhr in der Gerberstraße 11.

1 Blaufuchs (Münchner Schnauzer) Alte, 7 Jährig, 55 cm hoch, weißer- und salzfarbig, mit weißem Bart und schwarzer Maske; der Hund hat kupierte Ohren und Schwanz.

**BRUCHLEIDENDE**  
fühlen sich nicht mehr gebrochen beim Tragen meines elastischen Tag und Nacht tragbaren Bruchbandes Extra-bequem. Seit Jahren erprobt. Für jeden Bruch Extra-fertigung. Vieles Dantreibchen. Rechte Bedienung. Leib-Nabel- und Brustfallbinden. Geradehalter. Suspensor. Gum-mistrümpe. Belohnen Sie meinen langjährigen Vertreter in Osnabrück: Mittwoch, den 16. März, 8—12 Uhr. Bürgersaal. Wurzen: Mittwoch, d. 16. März, 1—4 Uhr, Hotel „Post“. Grimma: Donnerstag, d. 17. März, 8—3 Uhr, Hotel „Löwen“. Leipzig: Freitag, den 18. März, 8—3 Uhr, Hotel „Wartburg“. Rohrlas.

**L. Bogisch, Stuttgart, Schwabstr. 38 A.** Gegründet 1894.

### Sächsische Angelegenheiten.

Verbesserungen des mitteldeutschen Eisenbahnverkehrs im Sommerfahrplan.

Für den am 1. Juli in Kraft tretenden Sommerfahrplan sind wesentliche Verbesserungen der Fern-, wie auch der Nahverbindungen Leipzigs vorgesehen. Wir haben als besonders wichtig hervor einen neuen Schnellzug Hamburg-Dresden, ab Hamburg früh 6,15 Uhr, in Leipzig mittags 1,20 Uhr mit Anschluß nach Dresden ab Leipzig 6,05 Uhr, in Dresden-Altona 4,04 Uhr, in Dresden-Altstadt 4,14 Uhr. Ein weiterer neuer Zug geht von Dresden nach Breslau — an Breslau abends 8,18 Uhr — und nach dem Ballen — ab Dresden 6,05 Uhr, 4,41 Uhr, in Prag abends 8,25 Uhr, in Wien vormittags 8,25 Uhr, in Budapest 11,35 Uhr, in Salzburg abends 9,30 Uhr, in Sofia nachmittags 3,34 Uhr und in Konstantinopel 1 Uhr. In der umgekehrten Richtung ist ebenfalls ein neuer Schnellzug Leipzig-Hamburg, ab Leipzig nachmittags 4,35 Uhr, in Hamburg abends 11,30 Uhr, vorgesehen, der direkten Anschluß von Breslau und Konstantinopel, Sofia, Belgrad, Wien, Pest, Wien und Prag bringt. Eine neue Schnellzugsverbindung ist ferner von Leipzig über Hannover nach Bremen vorgesehen, ab Leipzig mittags 12,47 Uhr, in Bremen abends 8,14 Uhr und in umgekehrter Richtung ab Bremen 11,25 Uhr, in Leipzig abends 7 Uhr. Ferner wird eine neue Verbindung Leipzig-Kassel-Duisburg geöffnet, ab Leipzig 1,05 Uhr mittags, in Kassel abends 7,13 Uhr, in Duisburg nachts 1,20 Uhr und in umgekehrter Richtung ab Duisburg 8 Uhr früh, ab Kassel vormittags 11,29 Uhr, in Leipzig nachmittags 5,29 Uhr. Endlich soll eine neue Nachtverbindung Breslau-Dresden-Leipzig-Frankfurt (Main) geschaffen werden, ab Leipzig abends 10,35 Uhr, in Frankfurt 8,27 Uhr früh. Auf der Linie Leipzig-Reichenbach (Vogtland) ist ein neuer Schnellzugspaar vorgesehen, ab Leipzig 6,57 Uhr vorm. in Reichenbach 8,53 Uhr vormittags, umgekehrt ab Reichenbach (Vogtland) nachmittags 8,14 Uhr, in Leipzig 8,02 Uhr. Außer diesen Verbesserungen der Schnellzugsverbindungen sind, wie wir weiter erfahren, auch Verbesserungen der Personenzugverbindungen geplant, so die Einlegung zweier neuer Personenzüge auf der Linie Leipzig-Niebla-Dresden, ab Leipzig vormittags 8,13 Uhr und 11,35 Uhr, sowie eines Personenzuges Leipzig-Döbeln-Dresden, ab Leipzig vormittags 9,57 Uhr, in Dresden 6,05 Uhr und in umgekehrter Richtung ab Dresden vormittags 7,25 Uhr, in Leipzig 11,32 Uhr und eines neuen Personenzuges von Leipzig nach Chemnitz und umgekehrt. Endlich ist eine Verbesserung der Nahverbindungen mit Gatschwil und Wurzen vorgesehen.

#### Mächtige Braunkohlenlager erhoben.

Wie uns aus Dresden gemeldet wird, sind längs der neu errichteten Elster-Saale-Kanal-Linie in längster Zeit Braunkohlenlager erhoben worden, die von Ton, Kies und Sand in etwa 8 Meter Mächtigkeit überdeckt werden. Wird der Kanal gebaut, so können diese Lager mit Ausicht auf Weltbewerbsfähigkeit ausgebaut werden. Der Bau des Kanals steht bestimmt in höherer Aussicht. Für die sich an den künftigen Kanal anschließende Industrie würde sich der doppelte Vorteil der guten Wasserverbindung und der billigen Kohlenverförderung ergeben.

Nadeberg. Die Stadtverordnetenwahl ergaben eine höhere sozialistische Mehrheit. Es erhielten: U.S.P. 2339, S.P.D. 2181, K.P.D. 181, die Beamtenliste 998, die vereinigten Reichsparteien 1788 und die Demokraten 417 Stimmen.

Schnitten. Der hiesige Kirchenvorstand hat beschlossen, daß aus der Kirche ausgetretene Einwohner doppelter Grabgebühren auf dem Kirche gehörigen Friedhof bei Beerdigungen beahnen müssen. Die Dissidenten verlangen nun, in einer Eingabe an die Stadt einen eigenen Friedhof für ihre Anhänger oder gleiche Berechtigung bei Beerdigungen.

Trebnig. Die Werkstätten der Maschinenfabrik E. Neuberg, G. m. b. H. Inhaber Kortling, wurden durch Großfeuer heimgesucht. Nach raschster Tätigkeit gelang es, des Feuers Herr zu werden, so daß die umliegenden Gebäude und ein Teil der Werkstätten gerettet werden konnten. Die Entstehung des Brandes ist unbekannt.

Crimmitschau. Die hiesige Gewerkschaft ist in den Besitz und Betrieb der Stadt übergegangen. Der 1890 gegründete Gewerbeschulverein hat sich nunmehr aufgelöst.

### Gewerkschaftsbewegung.

Weibliche Lehrlinge in der Eluise- und Kartonagenindustrie Leipzig.

Zwischen den durch Reichstarif geregelten Löhnen in der Eluise- und Kartonagenindustrie noch weit unter denen in anderen Gewerben stehen, verfügen die Unternehmer, dieselben noch weiter herabzubringen, indem sie mit den Eltern von jugendlichen Arbeitern Lehrtarifverträge abschließen, die viel niedrigere Lohnsätze vorsetzen, als solche im Reichstarif festgesetzt sind. Es sollen ihr Vorgehen auf ein Urteil des Branchenoberberichtsgerichts, das vor kurzem von dem Unparteiischen gefällt wurde und welches besagt, daß weibliche Lehrlinge unter 16 Jahren, die mit Lehrtarifvertrag eingestellt werden, unter den Sätzen des Reichstarifs entlohnt werden können. Im übrigen sollten darüber weitere Richtlinien später festgesetzt werden. Dazu ist es aber nicht gekommen, da die Arbeitgeberorganisation diesen Schiedspruch als Fehlspruch betrachtet, der mit dem Tarif direkt in Widerspruch steht.

Bei dem Neuwählung des Tarifes in den letzten Tagen wurde dies auch unzweckmäßig zum Ausdruck gebracht. Die Unternehmer gingen aber von ihrem Standpunkt nicht ab. Sie werden nun anlässlich der Schulenlassung versuchen, billige weibliche Arbeitskräfte einzufangen, indem sie bei den Arbeitgebertern, auf deren Unkenntnis über die Verhältnisse in der Industrie spekulieren. Unter Versprechungen auf spätere hohe Löhne werden sie versuchen, die Eltern zu bestimmen, ihnen ihre Tochter zur Ausbildung zu überlassen.

Wir warnen die Eltern, auf solche Versprechungen hereinzufallen. Der tarifliche Höchstlohn einer Facharbeiterin in Leipzig beträgt nach häufiger Berufstätigkeit ab 1. April 1921 für Kartonagenarbeiterinnen nur 2,25 M. pro Stunde und für die Eluisearbeiterinnen sogar noch 10 Pf. weniger sofort bei der Kriminalabteilung.

Arbeiterrinnen unter 16 Jahren erhalten im 1. Halbjahr 1,10 M. pro Stunde, steigend bis auf 1,60 M. im 4. Halbjahr, wobei auch hier die Sätze für Eluisearbeiterinnen noch um 5 Pf. geringer sind. Und diese äußerst geringen Sätze verführen die Unternehmer doch ihre Lehrverträge noch um mehr als die Hälfte herabzudrücken. Wenn Ihnen dieses gelingt, werden sie später auch die Löhne der älteren Arbeitertinnen beschneiden.

Deshalb Arbeitereitern, seid an den Hut. Gebt eure Töchter nicht zu billigen Ausbeutungsgehäusen und Lohnräubern her. Meldet sofort jeden derartigen Besuch der Unternehmer in unserem Verbandsbüro, Tauchaer Str. 10/21 II (Goldszeitung).

Wir verweisen auf das Inserat in dieser Nummer der Zeitung. Verband der Buchbinderei und Papierverarbeiter. Jußhalle Leipzig.

#### Zur Lohnbewegung der Brauereiarbeiter

wurde in einer gutbesuchten Versammlung am 9. März Stellung genommen. Kollege Sendig gab einen kurzen Bericht über die in letzter Zeit geführten Verhandlungen. Der Vorsitzende war am 1. Februar gefündigt und die neuen Forderungen der Brauereiarbeiter dem Brauereiverein übermittelt worden. Die Vermühlungen, eine Verhandlung darüber herbeizuführen, waren vergebens. Die Unternehmer ließen mitteilen, daß sie nicht in der Lage wären, weitere Lohnzulagen zu bewilligen. Deshalb wurde der Schiedsgerichtsausschuß angerufen, der folgenden Schiedspruch fällte:

Die Unternehmer werden verpflichtet, den Brauereiarbeitern ohne Unterschied der Ortsklassen eine Lohnzulage von 8 Prozent des jährlichen Lohnes zu zahlen. Bis zum 11. März ist die Annahme oder Ablehnung der Forderungen zu erklären.

Der Verhandlungsrat zog es vor, die Entscheidung den Versammelten zu überlassen, indem er sich nicht für Annahme oder Ablehnung aussprach. Die Löhne würden nach dem Schiedspruch für Leipzig in Klasse I 270 M., Klasse II 264,00 M., Klasse III 162 M. betragen.

In der Diskussion wurde das Verhalten der Unternehmer scharf kritisiert. Die Versammelten stimmten schließlich dem Schiedspruch zu, brachten aber zum Ausdruck, daß sie den günstigen Zeitpunkt nicht verloren werden, um ihren gerechten Forderungen den richtigen Ausdruck zu verleihen. Zum Schlus forderte der Vorsitzende auf, sich des Ernstes der Zeit bewußt zu sein und alle Veranstaltungen der Arbeiterschaft recht zahlreich zu besuchen.

#### Achtung, Bauarbeiter!

Die Arbeitsstelle Schetterhaus, Ecke Peterstraße und Snoterbäumen, ist für Bauarbeiter gesperrt wegen Nichtweiterzahlung des im Dezember beauftragten Sonderzaals.

Deutscher Bauarbeiterverband.

#### Angestellte, lasst euch nicht übepieren.

Zur bevorstehenden Betriebsratswahl bei der Firma Höckner in Lüdinghausen, Karl-Härtling-Straße, hatten die Arbeiter mit Weißtrittmehrheit für die gemeinsame Wahl votiert. Die Angestellten hatten mit 11 gegen 6 Stimmen das gleiche zu tun beschlossen. Darob geriet Herr Kühner so in Erregung, daß er den Angestellten den Befehl gab, die Abstimmung zu wiederholen. Und siehe da, die Mehrzahl der Angestellten stimmte nunmehr mit 12 Stimmen gegen die gemeinsame Wahl. Nur fünf Angestellte blieben fest. Herr Kühner hat sein Ziel erreicht. Die Angestellten sind zum Teil umgefallen und der Wahlvorsitz wird wegen Wahlbeeinflussung Herrn Kühner vor den vorläufigen Bezirkswirtschaftsrat zittern.

#### Weittragserhöhung im Verband der Lithographen und Steinleger usw.

Ab 3. April tritt eine Erhöhung der Beiträge von 3 auf 5 Mark pro Woche in Kraft. Dies ist durch Urabstimmung, bei der 5043 Kollegen für die Erhöhung und 2077 Kollegen dagegen gestimmt haben, beschlossen worden. Weiter hat sich die Mehrheit der Abstimmenden dafür entschieden, für die Angehörigen der Porträtlithographie unter bestimmten Voraussetzungen den leichten Beitrag zu belassen. Die Benutzung dieser Erleichterung ist freigegeben.

Soldarbeiter-Verband. Bei den am 13. März stattgefundenen Wahlen der Delegierten zum Verbandsstag und Verkafag wurden insgesamt 2297 Stimmen abgegeben, davon erhielten Stimmen: Verbandsstag: Hahn 1551, Wittig 1445, Rothe 1224, Reinker 1108, Dittrich 1038, Janus 970, Götz 928, Kreitza 815, Gräflich 756, Lenkau 688, Birmann 427, Gantza: Hahn 1492, Ellers 1239, Höris 1183, Daimler 1058, Wartnstorff 901, Klaus 822, Ellers 644, Seidel 636, Brumme 519, Gräflich 515. Außerdem wurden zum Verbandsstag 905 und zum Gautag 309 kommunistische Stimmen abgegeben. Ungültig waren 260 bezeichnet, 240 Stimmen. Zwei kleine Bezirke stimmten noch aus, welche aber an dem Gesamtergebnis nichts mehr ändern dürften. Die große Menge ungültiger Stimmen kommt daher, daß die Stimmen zu einem Teil lärmliche Kandidaten aufwiesen, zum Teil waren an Stelle der gesuchten ebensovielen anderen Namen eingetragen. Gewählt sind zum Verbandsstag die ersten sieben, zum Gautag die ersten sechs Kollegen.

Geschäftsstelle des Soldarbeiterverbandes.

Beilegung des Streiks bei der „Ultrora“. Der Streik der Kaufmännischen Angestellten bei der Ultrora, der durch den Abschluß der Transportarbeiter zur fast ganzlichen Stilllegung des Schlaf- und Speisewagenbetriebes geführt hatte, ist durch Verhandlungen vor dem Reichsarbeitersministerium beigelegt worden. Die von der Direktion geplanten Verhinderungen konnten erfolglos abgewehrt und überdies eine, wenn auch nur geringfügige Erhöhung der Gehälter erzielt werden.

Die Streikbewegung in Luxemburg nimmt nach einer Meldung der R.T. immer weitere Ausmaße an. Sämtliche großen Betriebe, Berg- und Hüttenwerke liegen still. Die Regierung hat die Betriebsausschüsse auf ein Schreiben Belgiens und Frankreichs suspendiert. Die Arbeiterschaft ist in besserer Stimmung und will den Kampf durchführen.

### Reichsleiderlager Nr. 33, Leipzig

Vork